

Stadt Halle (Saale)
10.04.2000
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der 2. Sondertagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 29.03.2000 - *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 16.00 Uhr bis 20.35 Uhr

Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im Anhang der Niederschrift

(Zu einer Einwohnerfragestunde war eingeladen worden, es fanden sich jedoch keine Fragesteller ein.)

Die 2. Sondertagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Tagung waren 45 Mitglieder des Stadtrates (79 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende des Stadtrates schlug vor, die drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu diskutieren, jedoch getrennt abzustimmen.

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

Abstimmung zur Tagesordnung: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

- 01 **Haushaltssolidierungskonzept 2000 bis 2003**
Vorlage Nr. III/1999/00347
- 02 **Satzung über die Erhebung der Realsteuersätze für das Haushaltsjahr 2000**
Vorlage Nr. III/1999/00154
- 03 **Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2000**
Vorlage Nr. III/1999/00326

Zu Beschlussvorlage - Haushaltskonsolidierungskonzept 2000 bis 2003

Vorlage Nr. III/1999/00347

Zu Beschlussvorlage - Satzung über die Erhebung der Realsteuersätze für

das Haushaltsjahr 2000

Vorlage Nr. III/1999/00154

Zu Beschlussvorlage - Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2000

Vorlage Nr. III/1999/00326/Vorlage Nr. III/2000/00574

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** führte aus:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, die Reihen der Verwaltung sind heute ein wenig gelichtet. Das hängt damit zusammen, dass wir mehrere Krankheitsfälle zu beklagen haben, die aber nicht unmittelbar mit dem Haushalt zusammenhängen. Meine Damen und Herren, wir haben Ende vorigen Jahres einen Haushalt einbringen müssen, der mit rund 47 Mio DM nicht ausgeglichen war. Dabei waren intensive Sparbemühungen innerhalb der Verwaltung vorausgegangen. Sie hatten gleichwohl die Lücke nicht schließen können. Bei diesen 47 Mio DM ungedeckte Beträge waren bereits erhebliche Wünsche in den Fachausschüssen, aber auch in den Fachdezernaten unberücksichtigt geblieben, weil die Finanzdecke einfach nicht zureichte. Durch intensive Beratungen in den Fachausschüssen und im Finanzausschuss gelang es, durch Einnahmeverbesserungen und Ausgabeneinsparungen um eine Summe von 37 Mio DM das Ergebnis zu verbessern. Dabei muss man der Ehrlichkeit halber darauf hinweisen, dass nicht alles den Einsparungsbemühungen zu verdanken ist, sondern dass Einnahmeverbesserungen in wesentlichen Beträgen hinzukamen, auf die wir als Stadt nicht unmittelbar Einfluss hatten. Ich denke nur daran, dass durch die Intervention im Landtag die Zuschussminderung im kommunalen Finanzausgleich ganz erheblich aufgehoben wurde und damit ein sehr viel höherer Betrag für die Einnahmen zur Verfügung stand. Dies ist ein Betrag. Ein anderer Betrag ist zwar auch durch städtische Bemühungen, aber verschoben von 2001 auf 2000 vorgezogen worden, nämlich diese 9,1 Mio DM, die als Zuschüsse für Heide-Süd eigentlich erst im Jahre 2001 fließen sollten, jetzt aber

tatsächlich für das Jahr 2000 vorgesehen sind. Das heißt also, es sind glückliche Umstände hinzugekommen, die nicht der Verwaltung oder auch nicht den Einsparungsbemühungen der Ausschüsse zugute gehalten werden können, sondern die durch Veränderungen der äußeren Umstände für uns wirksam geworden sind.

Meine Damen und Herren, trotzdem bleibt ein beachtlicher Einsparungseffekt auf der Grundlage des vorgelegten Konsolidierungskonzepts, wenngleich auch wesentliche Positionen in diesem Konsolidierungskonzept von den Ausschüssen und von den Fraktionen nicht akzeptiert worden sind. Gleichwohl bedeutet die Schließung des Loches um etwa 37 Mio DM, die ich eben schon erwähnt habe, ein deutlicher Schritt hin auf die Ausgleicheung des Haushaltes. Und dieser Ausgleich ist auch dann möglich, wenn wir die inzwischen bekannten

Einsparungen des letzten Jahres hinzunehmen, um eine Deckung dann auch tatsächlich herzustellen. Und hierbei, denke ich, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass auch die Haus-haltssperre im vorigen Jahr natürlich dazu beigetragen hat, dass ein solcher Einsparungseffekt beim Abschluss des Haushaltes 1999 nachgewiesen werden konnte, d.h. hier sind also auch die Bemühungen der Verwaltung positiv wirksam geworden.

Eine letzte vergleichsweise geringfügige, aber in unserem Zusammenhang durchaus wichtige Veränderung hat sich dadurch ergeben, dass nach der Vorausberechnung der uns in diesem Jahr voraussichtlich zustehenden Konzessionsabgaben auch da die Einnahmen sich noch einmal um etwas mehr als 2 Mio DM erhöhen, so dass wir insgesamt die in den Finanzausschussberatungen gebliebene Lücke von ca. 9 Mio DM durch die Einnahmen schließen können und dass zusätzlich dann noch ein Rest bleibt, wenn auch nur ein kleiner, der der Rücklage zugeführt werden kann.

Meine Damen und Herren, ich möchte den Damen und Herren Ratsmitgliedern, aber auch den Ausschussmitgliedern, soweit sie nicht Ratsmitglieder sind, herzlich dafür danken, dass trotz unterschiedlicher Auffassung in vielen Punkten die Beratungen mit großer Disziplin und auch mit dem Willen zu Einsparungen durchgeführt worden sind. Ich sage aber genau so ehrlich, dass ich deswegen kein Verständnis dafür habe, dass sozusagen auf den letzten Drücker Nachforderungen aus den Ausschüssen in Millionenhöhe geltend gemacht werden.

Ich denke, dass ist nicht das Verfahren, das wir uns ausgedacht haben für die Beratung des Haushaltes. Und wenn diese Dinge im Finanzausschuss mit abschließendem Votum abgelehnt worden sind, dann denke ich, ist es auch gut, wenn wir es dabei belassen.

Denn, meine Damen und Herren, auch das ausgeglichene Ergebnis, das damit eine konsolidierte Haushaltsrechnung für 2000 möglich macht, hat immer weiterhin zu berücksichtigen,

dass die strukturellen Probleme unseres Haushaltes auch mit diesem ausgeglichenen Haushalt,

wenn er denn so beschlossen ist, nicht vollkommen ausgeräumt sind.

Wir sind in der gleichen Situation, wie wir in den letzten Jahren immer wieder miteinander diskutiert haben und deswegen will ich auch nicht in aller Breite diese Ausgangslage noch einmal deutlich machen.

Ich will nur mit einigen Stichworten darauf hinweisen, inwieweit sich die Haushalte der kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern von denen in den alten wesentlich unterscheiden und was das auch für uns strukturell für die Haushaltsproblematik nicht nur dieses, sondern aller künftigen Haushalte ausmacht.

Sie haben bei der Einbringung des Haushaltes ein umfangreiches Zahlenwerk bekommen, dass ich Ihnen einfach noch einmal, auch für die Zukunft anempfehle, dass ich aber jetzt nicht in allen Details Ihnen wiederholen möchte.

Wir haben, das lässt sich auf wenige Positionen zurückführen, folgende Ausgangslage: Die Steuerkraft der Stadt Halle ist unterdurchschnittlich schwach. Die Personalausgaben liegen etwa im Durchschnitt der kreisfreien Städte, umgerechnet pro Kopf der Bevölkerung.

Die Sozialausgaben insgesamt weisen einen Spitzenbetrag aus, d.h. wir stellen an sozialen Leistungen deutlich mehr als der Durchschnitt der kreisfreien Städte zur Verfügung. Und die Personalkostenbelastung wird tendenziell weiter steigen. Das hängt einfach mit den Tarifen

zusammen. Da helfen auch keine wesentlichen Sparmaßnahmen, die Tarife müssen gezahlt werden, unabhängig davon, wie die Haushaltslage ist. Und da mit ca. 330 Mio DM die Personalkosten einen erheblichen Batzen in unserem Etat ausmachen, ist natürlich jede Steigerung dort sofort durchschlagend wirksam.

Deswegen wird weiterhin nötig bleiben, über Steueranpassungen, d.h. über Messbetragsanpassungen in unserer Stadt zu diskutieren. Auch wenn sich die entscheidenden Ausschüsse

in diesem Falle nicht haben dazu durchringen können, so bleibe ich doch bei meinem Vorschlag und bei meiner Aussage, dass eine Anpassung der Hebesätze zwingend erforderlich ist,

um für die Zukunft die Haushaltslage zu verbessern, wenn nicht auch im Einzelfalle auszugleichen. Diese Maßnahme hätten Sie, das wäre mein Wunsch gewesen, lieber heute beschließen sollen. Ich bitte Sie noch einmal darum, obwohl ich mir nicht viel Hoffnung mache,

dass meine Bitte gehört wird. Es hätte meine Nachfolgerin von unnötigen Diskussionen zu diesem Thema freigehalten und ihr ein Fundament gegeben, auf dem sie hätte weiterarbeiten können; so wird sie mit diesem Problem weiter belastet sein, schon aus taktischen Gründen eine Belastung, die ich ihr nicht wünsche.

Wir müssen uns aber darüber klar sein, dass nicht nur die Einnahmeausfälle zu Buche schlagen, die sich rein numerisch aus einer Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer ergeben, sondern dass wir, ich sage das in Anführungszeichen, nach dem System des Finanzausgleiches für das Nichtausschöpfen unserer Steuermöglichkeiten, gemessen am Durchschnitt der übrigen kreisfreien Städte, noch einmal „bestraft“ werden. Und diese „Bestrafung“, ich sage das in Anführungszeichen, das ist eine Folge der Finanzausgleichssystematik, lässt sich bei den vorgeschlagenen Erhöhungen pro Jahr mit etwa 3,5 Mio DM weniger Zuwendungen des Landes auch deutlich beziffern.

Wenn wir also kalkuliert haben, eine Steuererhöhung brächte 7 Mio DM, dann wird die Hälfte dieses Betrages dann noch einmal einem künftigen Defizit zuzuschlagen sein, d.h. es kommen dann noch einmal Zuschussverringerungen in Höhe von 3,5 Mio DM dazu. Und wenn die anderen weiter anheben, kann sich natürlich diese Spanne vergrößern.

Da, wie ich schon bei früheren Anlässen gesagt habe, für die Standortentscheidung von Investoren die Gewerbesteuer eine absolut nachrangige Rolle spielt, ist es für mich die Zurück-

haltung des Rates sachlich nicht nachvollziehbar, zumal die meisten der Steuerzahler nicht hier ansässige Unternehmen sind (jedenfalls die großen Steuerzahler), sondern die wirklich belasteten Steuerzahler sind meist die Filialen nationaler oder internationaler Unternehmen, die ihren Hauptsitz überhaupt nicht in unserer Stadt haben.

Ich kann also nur noch einmal dafür plädieren, und wenn das heute nicht wirksam wird, dann plädiere ich schon für die Zukunft darauf, dass Sie sich durchringen, diese

Anpassungen vorzunehmen, denn ohne dies treten die von mir geschilderten negativen Wirkungen ein.

Wir müssen auch noch einmal kritisch miteinander die sozialen Leistungen, die bei uns einen Spitzenwert im Haushalt darstellen, unter die Lupe nehmen. Über alles gerechnet, aber vergleichbar gerechnet mit den entsprechenden Städten. Es sind Unterschiede von zum Teil mehr als 400 DM pro Kopf der Bevölkerung an Mehrausgaben festzustellen. Dies muss kritisch noch einmal durchforstet werden. Und es wird nichts anderes übrig bleiben, als auch da Einschnitte vorzunehmen, weil diese konsumtiven Ausgaben automatisch dazu führen, dass die Investitionen in unserer Stadt zurückbleiben und das ergibt sich auch wiederum aus der Statistik. Pro Kopf haben wir zwar nicht die schlechtesten, aber die zweitschlechtesten Investitionsquoten in unserer Stadt, gemessen immer am Durchschnitt der kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern.

Wenn Sie sehen, dass die Stadt Halle die schlechtesten Einnahmen aus den Steuereinkünften hat, dann wissen Sie auch daher, warum es kommt, dass dann über diese Systematik eine entsprechende weitere Benachteiligung der Entwicklung noch hinzukommt.

Wir müssen auch die Personalausgaben kritisch im Blick halten. Wir wissen nicht, was jetzt aus den derzeitigen Tarifverhandlungen herauskommt im Öffentlichen Dienst, und sie werden unmittelbar durchschlagen und werden dann möglicherweise auch unsere Ansätze, so, wie sie jetzt verankert sind, noch einmal über den Haufen werfen. Aber das ist nicht vorhersehbar.

Wir sind von der Orientierung des Landes ausgegangen. Wir haben auch in der mittelfristigen Finanzplanung die Orientierungsdaten des Landes zugrunde gelegt, und damit bewegen wir uns in dem Rahmen, den wir einfach von der Vorhersehbarkeit abgreifen können. Was dann tatsächlich durch Tarifveränderungen sich ergibt, das wird man dann erst wissen, wenn sie abgeschlossen sind.

Zu der aktuellen Diskussion füge ich hinzu, die Anpassung Ost-West ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Das, was wir jetzt haben, ist ungerecht. Aber die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit lässt sich nur durch erhebliche normale Tarifsteigerungen und zusätzlich durch Anpassungsraten erreichen. Das aber geben die Haushalte schlechthin in den neuen Bundesländern einfach nicht her. Wenn dies so käme, müsste sich das unmittelbar bei unseren Leistungen für die Bürger auswirken. Wir müssten also den Bürgern Leistungen wegnehmen, um sie den Mitarbeitern zu geben. Und damit würde eine andere Gerechtigkeitslücke aufgetan.

Man muss - da bin ich mit denen, die das fordern, einverstanden, eine mittelfristige Perspektive eröffnen, um zu zeigen, wie, in welchen Schritten eine solche Anpassung möglich ist. Aber das, was jetzt zum Teil öffentlich diskutiert wird, halte ich nicht für erreichbar und für unseren Haushalt und für die künftigen Haushalte sogar für verhängnisvoll. Man mag das bedauern. Ich tue das. Aber leider lässt das Finanzschema überproportionale Verbesserungen nicht zu.

Meine Damen und Herren, ich will Sie nicht mit weiteren Hinweisen langweilen. Mir schien es wichtig, den Gesamtzusammenhang noch einmal herzustellen. Ich freue mich, dass die gemeinsamen Anstrengungen, für die ich noch einmal allen Beteiligten danke, dass die gemeinsamen Anstrengungen ein erstes wichtiges Einsparungsergebnis erreicht haben und dass wir damit insgesamt die Ausgabenhöhe noch unter der des Jahres 1996 halten und dass damit eine Konsolidierungsbemühung ernsthaft sichtbar gemacht wird. Deswegen

haben wir Ihnen auch zu dem ersten Punkt vorgeschlagen, dass wir das, was jetzt einvernehmlich im Finanzausschuss von Ihnen dem Rat empfohlen ist, dass wir dies auch dem Regierungspräsidenten als unsere erste Stufe eines Konsolidierungskonzeptes vorlegen und damit der Auflage entsprechen, die mit dem Nachtrag uns zur Pflicht gemacht worden ist, nämlich ein solches Konsolidierungskonzept sichtbar zu machen. Ich denke, die ersten Erfolge, die jetzt zum Ausgleich des Haushaltes führen können, recht-

fertigen das. Und ich bitte Sie, auch auf der Grundlage der Finanzausschussberatungen, dieser

sehr offen gehaltenen Empfehlung zuzustimmen, zumal ausdrücklich auch der Wunsch des Finanzausschusses in dem Beschlussvorschlag noch einmal wiedergegeben worden ist, in naher Zukunft weitere Einsparungsvorschläge vorzulegen.

Das Thema „Sparen“, das Thema „Ausgaben bremsen“ nenne ich es lieber, wird also weiter auf der Tagesordnung bleiben, aber mit einem ausgeglichenen Haushalt können wir dann

mit Ruhe in dieses Jahr 2000 hineingehen. Die Konfliktstellen habe ich benannt, und die sind auch im Ausschuss ausführlich diskutiert worden. Punkte, die unsicher sind, verbleiben.

Und deswegen werden die Bemühungen weiter laufen müssen.

Ich wünsche Ihnen eine gute Beratung und ich hoffe, dass das Ergebnis dieser Beratung ein ausgeglichener Haushalt sein wird und dass wir auf dieser Grundlage eines ausgeglichenen Haushaltes auch schnell dazu kommen, Investitionen auszulösen, die im Haushalt veranschlagt und die für unsere Stadt und Infrastruktur dringend erforderlich sind.

Ich danke Ihnen.“

Herr Doege, Vorsitzender der CDU-Fraktion, äußerte:

„Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hätte auch gern Herrn Koch angesprochen, das ist leider nicht möglich. Zumindest an dieser Stelle auch ihm im Namen unserer Fraktion die besten Wünsche zur schnellstmöglichen
Gesundung.“

Herr Doege fuhr mit nachstehender Rede fort:

Herr Prof. Schuh, Vorsitzender der SPD-Fraktion, führte aus:

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Doege, da ich diesmal als zweiter rede, habe ich jetzt auch einmal die Möglichkeit, etwas zu Ihrer Rede zu sagen.“

Ich habe einige Teile Ihrer Rede und den Tenor, nämlich dass wir hier insgesamt strukturelle Probleme gut verstanden und sehr begrüßt. Und ich glaube auch, verstanden zu haben, dass wir hier Probleme in Größenordnungen haben und dass Sie der Meinung sind, dass wir hier auf breiter Basis zusammenarbeiten müssen.

Was ich dabei aber dann nicht verstehe, dass Sie gerade vor diesem Hintergrund, wir sagen es einmal deutlich, die alte Peanuts-Debatte Frauen-Nachttaxi und 30 Pfennig

Essenszuschuss

wieder hier aufmachen. Ich denke, dass das nicht sinnvoll ist, wenn wir in Zukunft sachlich zusammenarbeiten wollen und das würden wir gerne tun.

Der Oberbürgermeister hat davon gesprochen, dass wir doch überdurchschnittlich hohe Beträge für Soziales ausgeben. Er hat dabei, andere Bereiche, wo wir sehr viel ausgeben, freundlicherweise wie immer ausgespart. 400 DM pro Kopf der Bevölkerung für freiwillige soziale Leistungen, ich weiß es nicht, bedeuten 100 Mio DM.

Ich denke, der größte Teil davon oder der weitaus größte Teil geht in die Kindertagesstätten. Und das, wo wir eigentlich im Grunde genommen freie Träger unterstützen, das sind die Peanuts, das sind die kleinen Beträge, die aber einen großen Multiplikatoreffekt haben. Da sollte man das doch deutlich aussprechen, an welche Bereiche man herangeht, und dann sollten wir miteinander diskutieren, ob das möglich ist. Ich kann es mir nicht verkneifen, diesen Haushalt natürlich aus einer gewissen historischen Perspektive zu sehen, wobei ich diesmal keine lange Sicht - ich will nicht weit in die Vergangenheit zurückschauen, das haben wir häufig diskutiert und die Diskussion kann man mit gleichem Tenor immer fortführen. Ich will aber trotzdem noch einmal ins letzte Jahr blicken und denke eigentlich auch, die Handhabung unserer Finanzen wird inzwischen von der Bevölkerung nicht mehr verstanden.

Wenn ich daran denke, dass wir also im Sommer vorigen Jahres im Hinblick auf den Haushalt 1999 die Ankündigung hatten, dass sich dort ein Loch von 20 Mio DM bis 30 Mio DM auftut. Zwei Monate später, mit einer Haushaltssperre, die gerade einmal 8 Mio DM einbrachte, war dieses Loch verschwunden und gleichzeitig lagen Beträge in Größenordnungen vor, die wir dann in die Rücklagen einführen konnten oder sollten. Wir haben dann gesagt, dass wir zumindest im Bereich der Kürzungen freiwilliger Leistungen im Sozialbereich etwas rückgängig machen wollen. Dies wurde formuliert im Zusammenhang mit der Diskussion um den Nachtragshaushalt. In der ganzen Zeit, wo wir dies diskutierten, wurden die Beträge, die wir eigentlich schon fest in der Rücklage hatten, immer kleiner, und wir waren hinterher froh, dass noch etwas über blieb im Dezember, so dass wir wenigstens einigen Vereinen noch etwas geben konnten. Es waren ja gar keine Millionenbeträge, die wir dann dort noch zur Verfügung gestellt haben. Im Januar wird uns verkündet, dass wir 8 Mio DM, die wir dann wieder in die Rücklage einstellen.

Das möchte ich gern einmal erklärt haben, was das für eine Kassenführung ist.

Das gleiche betrifft auch diesen Haushalt, den wir hier diskutieren und über dessen Struktur

ich nachher noch etwas sagen will, insbesondere auch zu dem Haushaltskonsolidierungskonzept. Wie der Oberbürgermeister noch einmal bekräftigt hat, hatten wir im Dezember 1999 ein angebliches Defizit von 47 Mio DM, und im März verkünden wir der erstaunten Öffentlichkeit, die das eigentlich gar nicht mehr versteht, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben.

Ich denke, wir sollten auch berücksichtigen, dass dieser Inszenierung eines Action-Theaters,

welches einem Krimi gleicht, von Seiten der Bevölkerung überhaupt kein Verständnis mehr entgegengebracht wird. Und ich weiß aus weiten Kreisen der Öffentlichkeit, dass sie sogar bei den Zeitungen anfragen, was die da eigentlich immer ununterbrochen berichten.

Ich möchte auch deutlich sagen, wen ich hier für den Verantwortlichen halte. Verantwortlich für eine offensichtlich, gelinde gesagt, etwas chaotische Haushalts- und Finanzführung, ist natürlich unserer Kämmerer. Ich möchte es bei dieser Feststellung bewenden lassen, da Herr Koch heute krankheitsbedingt nicht anwesend ist und selbst zu dieser Bewertung nicht Stellung nehmen kann. Ich will auch hier gar nicht missverstanden werden, was die Aktivitäten unseres Kämmerers anbetrifft, wenn ich bedenke, dass er wirklich während der Haushaltsberatungen im Finanzausschuss, eigentlich schwer erkrankt, dauernd da war und dass trotz Abraten seiner Ärzte, dann ist sein persönlicher Einsatz sicherlich anerkennenswert. Ich beklage aber die offenkundige Lücke zwischen Einsatz und Talent. Wie ist nun die gleichsam wunderbare Schließung des Haushaltsloches von 45 Mio DM oder 47 Mio DM zu erklären? Ich würde ja gern verkünden, dass eine gemeinsame Anstrengung dieses Stadtrates mit der Stadtverwaltung die strukturelle Gesundung des Haushaltes herbei geführt hat. Dass dem nicht so ist, wissen wir alle. Einerseits haben wir den Verwaltungshaushalt zunächst einmal, das hat der Oberbürgermeister noch einmal dargestellt, durch eine erneute Zuführung aus den Rücklagen ausgeglichen. Diese seit drei Jahren praktizierte und von mir ununterbrochen kritisierte Verfahrensweise, nämlich Rücklagen oder das Sparbuch, wie immer man das bezeichnen mag, zur Begleichung laufender Ausgaben in Anspruch zu nehmen, wurde diesmal offenbar vom Regierungspräsidium gefordert. Der Finanzausschuss war sich darüber einig, dieses offenkundige Defizit des Verwaltungshaushaltes auch deutlich auszuweisen. Nun erzwingt das Regierungspräsidium offenbar mit der Drohung, den Haushalt nicht zu genehmigen, eine Verfahrensweise, die es selbst jahrelang zu recht kritisiert hat. Für unsere Fraktion ist dies, gelinde gesagt, ein skandalöser Vorgang. Ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt sichert nicht nur ein hohes Niveau der auch gesetzlich vorgeschriebenen Dienstleistungen unserer Stadtverwaltung für diese Stadt und ihre Bürger. Auch im Bereich der sogenannte freiwilligen Leistungen - Förderung im Sozialbereich, in der Kultur, im Sport und vieles andere - tragen wir zur Lebensqualität der Bürger in dieser Stadt bei. Dies alles ist bedroht oder in Frage gestellt, wenn wir nicht für eine solide Finanzstruktur des Verwaltungshaushaltes sorgen. Viel bedenklicher aber ist, dass nur ein gesunder Verwaltungshaushalt die mehr als dringend benötigte Investitionsfähigkeit dieser Stadt gewährleisten kann. Darüber, denke ich, besteht hier Konsens. Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass ohne diese dringend benötigte Investitionsfähigkeit eine positive, in die Zukunft weisende Entwicklung unserer Stadt nicht möglich ist. Wir leben zur Zeit deshalb in unserer Stadt in einem schwierigen Konflikt. Und ich will das einmal versuchen, an einer Art Bild darzustellen: Stellen Sie sich vor, da ist ein Bauer und der hat keinen Pflug mehr und keine Egge und muss das dringend kaufen. Und dann kommen die einen und sagen, hör mal zu, lieber Bauer, du isst ja viel zu viel Kaviar. Und da kommt der Bauer, der nachgewiesenermaßen doch sich immerhin schon Kalbfleisch leisten kann und behauptet, dass er nur von Schweinebauch und Kartoffeln lebt. Und im übrigen beklagt er die fehlenden Zuschüsse von dritter Seite. - Das letzte haben wir ja in der Vergangenheit vier Jahre lang ununterbrochen gemacht.

Ich sage das einmal so, um die generelle Konfliktlage, wie ich sie sehe, in dieser Stadt zu beschreiben. Wir haben, um diese Haushaltsstrukturproblematik lösen zu lassen, schon vor einem Jahr beantragt, ein Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen. Der Stadtrat hat es ja auch beschlossen und das Regierungspräsidium hat es gefordert.

Ich habe, als wir die Einbringung des Haushalts diskutierten, gesagt, dieses ist, soweit man darunter Konzept versteht, eine Luftnummer. Ich will hier die Diskussion aus der Debatte zur Einbringung des Haushaltes nicht wiederholen, aber wir müssen uns doch wirklich in die Augen gucken und feststellen, dass Anhebungen der Schlüsselzuweisungen des Landes mit

Konzepten zur Haushaltskonsolidierung dieser Stadt wohl nichts zu tun haben. Und wenn wir dann für die Folgejahre eine erhöhte Zuwendung aufweisen, dann wünschen wir das auch und unterstützen das. Nur dieses sind keine von uns durchgeführten Konsolidierungsmaßnahmen.

Und wenn wir beim Energieverbrauch Kosten sparen oder bei Zins und Tilgung uns klug verhalten, dann ist das auch nicht etwas, was in ein Konzept gehört, sondern was zum alltäglichen Geschäft der Verwaltung zuzuordnen ist.

Offen gesprochen kann jeder, der Finanzprobleme hat, diese nur durch zwei Maßnahmen lösen, das wissen wir alle: Erhöhung der Einnahmen oder Reduzierung der Ausgaben - so einfach ist das. Zum ersten Punkt hat dieser Stadtrat, das heißt die Erhöhung der Einnahmen,

wie ich meine und wie wir, die SPD-Fraktion, meinen, bis an die Grenze des für den Bürger Erträglichen Gebührenerhöhungen beschlossen. Darüber hinausgehenden Vorschlägen, die Erhöhung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, wird die SPD-Fraktion nicht zustimmen, um den Standort dieser Stadt für Bürger als Mieter und Gewerbetreibende nicht noch mehr zu gefährden.

Zum zweiten Punkt, und darauf will ich mich ein bisschen konzentrieren, hat die Verwaltung eigentlich nur Unwesentliches oder nicht Praktikables vorgeschlagen. Und da meine ich auch, Herr Doege, die von Ihnen so begrüßte Privatisierung des Reinigungsdienstes kann so nicht durchgeführt werden. Trotzdem werden wir dort sicher einen Weg finden, aber der sollte dann den gesamten gewerblichen Bereich dieser Stadtverwaltung ins Auge fassen und dort eine einheitliche, auch sozial verträgliche Lösung herbeiführen.

Die Ausschüsse des Stadtrates haben diesen Haushaltsentwurf in vielen intensiven Beratungen diskutiert und hinterfragt. Aus der Sicht des Finanzausschusses, der, das kann ich wirklich sagen, bis zur Erschöpfung einiger Mitglieder - ich schaue dabei auch Herrn Doege an - über diesen Haushalt in weitgehend sachlicher Atmosphäre beraten hat, kann ich nur folgendes sagen: Aus den anderen Ausschüssen kamen angesichts der mehr als problematischen Haushaltslage im wesentlichen nur Forderungen nach Mehrausgaben und das häufig ohne Deckungsvorschlag. Es ist sicher richtig, dass wesentliche Ausgabenkürzungen im Verwaltungshaushalt unter vom Stadtrat zu beschließenden Strukturvorgaben von der Stadtverwaltung vorzubereiten sind, ohne das geht das überhaupt nicht. So etwas haben wir aber immer angemahnt, häufig angemahnt. Und ich habe bis heute wenig davon gesehen, von solchen Strukturvorgaben.

Umgekehrt, und das sage ich jetzt einmal ganz deutlich, wie ich das persönlich sehe, können aus der Sicht des Finanzausschusses die übrigen Ausschüsse des Stadtrates unter Vernachlässigung ihrer Strukturverantwortung für den Gesamthaushalt und die Gesamtnotwendigkeiten dieser Stadt im Grunde genommen die Stadtkasse nicht nur als Geldautomat ansehen, der dauernd Geld auswirft.

Zu den Einzelpositionen unseres Gesamthaushaltes haben die verschiedenen Ausschüsse und insbesondere der Finanzausschuss mit den Vertretern und Mitarbeitern der Stadt um viele Einzelpositionen diskutiert und um diese Positionen gerungen.

Auch als Vorsitzender des Finanzausschusses, aber auch als Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion bedanke ich mich bei den Mitarbeitern der Stadt für die häufig sehr detaillierte Zuarbeit. Ich bedaure auch, dass einige wenige Beigeordnete es nicht einmal für nötig erachtet haben, anwesend gewesen zu sein.

Aber wir haben auch feststellen müssen, dass dieser Haushalt in einigen Teilen auf einer Grundlage beruht, die geordneten haushaltsrechtlichen Regelungen nicht entspricht.

Ich möchte hier einmal zwei Beispiele dazu geben: Das sind Beispiele von zwei Aktionen, die

deshalb zustande gekommen sind, weil der Finanzausschuss oder Teile des Finanzausschusses

einmal nachsehen wollten, ob man nicht noch dort oder dort Geld einsparen kann.

Das erste betrifft Heide-Süd. Hier wurden fast über sämtliche dort zu verausgabenden Mittel, über die wir dann diskutiert haben, das waren also 13,9 Mio DM, schon im Vorjahr verfügt,

ohne VE und ohne Stadtratsbeschluss, also ohne rechtliche Grundlage. Das ist ein wirklicher Verstoß gegen das Haushaltsrecht und unerträglich.

Und dann haben wir uns noch einmal die Mühe gemacht und sind in das Opernhaus gegangen, weil hier eine Diskussion auch schon im Finanzausschuss bestand, ob wir denn nicht dort möglicherweise die Zuschusserhöhung um 530 TDM begrenzen können, also auf dem Vorjahresstand belassen können. Und was wir festgestellt haben war, dass das Opernhaus die angemeldeten Mittel, die wir im Haushalt stehen haben, verbindlich schon mit Wissen von Herrn Gärtner um 1,2 Mio DM überschritten hatte. Um es deutlich zu sagen,

da standen drin 775 TDM für Gastspielverpflichtungen. Das ist das, was dem Haushalt und diesem Zahlenwert zugrunde liegt, und verpflichtet worden sind schon 1,9 Mio DM.

Da frage ich mich, wo die 1,2 Mio DM herkommen und was das für ein Haushalt ist, dessen zahlen wir diskutieren, die von Anfang an falsch sind.

Es fällt einem dann sehr schwer - und das waren ja die einzelnen Fälle, wo wir aus dem Sitzungsgebäude herausgegangen sind und haben uns vor Ort die Zahlen angeguckt - hier auf einer sachlich vernünftigen Basis weiter zusammenarbeiten zu können.

Ich möchte nur ganz kurz darauf eingehen auf die Maßnahmen, die wir beantragt haben. Ich denke, da wird im wesentlichen möglicherweise ein Konsens sein, auch mit der CDU, Herr Doege. Das betrifft ja im wesentlichen die 9,1 Mio DM, die dadurch herbeigezaubert worden sind, dass tatsächlich Zuschüsse ein Jahr vorher gekommen sind in Heide-Süd.

Und wir werden hier beantragen, dies für den Bereich Schule und Kita bereitzustellen.

Ich hoffe, dass wir uns nicht wieder kleinlich zanken müssen, wer jetzt mehr oder weniger kriegt und darum haben wir das auch so beantragt, dass das eigentlich die Verwaltung nach

Prioritäten entscheiden sollte. Ich hoffe, dass wir uns da einigen können.

Wir haben dann noch den Antrag gestellt, 284 TDM für das „neue theater“ zur ausschließlichen Verwendung zur Abdeckung eventueller Verlustvorträge zur Verfügung zu stellen. Sie können mir glauben, ich bin der letzte, dem das leicht gefallen ist, aber es sind diese Verluste erwirtschaftet worden, und in den Verträgen mit denen, die dort verantwortlich sind, gibt es überhaupt gar keine Handhabe, die zur Rechenschaft zu ziehen. Das sollten wir in Zukunft ernsthaft uns noch einmal angucken, wie wir diese Verträge gestalten, wenn wir

bestimmte Teile der Stadt budgetieren bzw. hier einen Eigenbetrieb verwalten.

Wir haben weiter beantragt, 33 TDM für die Jugendfreizeiteinrichtung „Wasserturm“ bereit-zustellen, die hatte der Finanzausschuss gestrichen. Ich will das nicht weiter kommentieren, leicht fällt er mir nicht, dieser Antrag. Und dann 230 TDM, dazu sind wir eigentlich einig mit Ihnen auch, Herr Doege, für den Unterhalt Grundstücke und Sport. Ansonsten möchte ich Sie höflich bitten, den Haushalt so jetzt zu verabschieden. Die Arbeit wird dann kommen, vor allen Dingen die strukturelle Arbeit. Wir werden weiteren Veränderungen hier nicht zustimmen, im übrigen aber den Haushalt begleiten, positiv begleiten und auch dem, was da noch an sogenanntem Haushaltskonsolidierungskonzept übrig geblieben, zustimmen.“

Herr Kley, Vorsitzender der F.D.P.-Fraktion, führte aus:

„Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss einmal sagen, die Haushaltsberatung in diesem Jahr war deutlich angenehmer als in den Vorjahren. Zum einen, glaube ich doch, dass der eine oder andere Stadtrat die Verantwortung erkannt hat, die wir für den Haushalt haben, zum anderen war es diesmal auch so, dass die Verwaltung wahrscheinlich überfordert war und uns nicht mehr mit täglich neuen Bündeln von Haushaltsänderungen überfallen konnte. Also die Änderungen waren diesmal geringer in ihrer Stapelhöhe als der Haushalt, so dass der Stadtrat, der das ja ehrenamtlich macht, einigermaßen dem folgen konnte, was hier gemeint war. Ich bedauere es, dass der Kämmerer zur heutigen Beratung nicht anwesend ist, er hätte vielleicht den einen oder anderen Fakt noch einmal erhellen können, auch wenn ihm vorhin - was ich nicht nachvollziehen kann, Kompetenz abgesprochen wurde. Wir haben das etwas anders erlebt. Aber bezeichnend ist natürlich auch für die Haushaltslage, dass die Stadt Halle bis heute noch keinen neuen Amtsleiter hat in diesem Bereich. Nun weiß ich nicht, ist das dermaßen unattraktiv, das sich niemand hierher traut, ist der Ruf der Stadt schon so schlimm - denn auch andere Ämter sind ja nicht besetzt - oder liegt es daran, dass vielleicht das Auswahlverfahren, das Bewerbungsverfahren im Lande Sachsen-Anhalt immer etwas komisch gehandhabt wird, dass hier auch die eine oder andere politische Entscheidung noch mit einer Rolle spielte, die wir ja dann, manchmal auch so in den Reihen der Beigeordneten, tragisch wieder zu spüren bekommen. Und gerade an dieser Stelle war diese Haushaltsberatung schwierig zu handhaben. Wenn die Verwaltung in den Ausschuss kommt und mit drei Stimmen spricht,

wenn jeder Beigeordneter der Meinung ist, er vertrete hier die Stadt, dann ist das einfach unmöglich, dann ist das eine Zumutung und dann ist die Frage hier, ob noch eine Leitung in dieser Stadt erfolgt ist oder ob hier nur noch Einzelwünsche im Rennen um was weiß ich auch immer geäußert werden und dort versucht wird, der Stadtrat, der ja zum Glück die Haushaltshoheit hat - Herr Prof. Schuh, der Stadtrat hat die Haushaltshoheit und sollte die auch vollziehen und nicht nur immer wieder bedauern, dass der Haushalt uns wegläuft, wenn der Stadtrat dann entscheiden soll, weil die Beigeordneten untereinander sich nicht einig sind. Und da danke ich auch noch einmal dem Kämmerer, der immer wieder - deswegen ist er wahrscheinlich auch in jeden Ausschuss gekommen - gewarnt hat und verwiesen hat auf gewisse Beschlüsse, die dann aber doch nicht mehr galten, so auch für einen anderen Beigeordneten, der heute nicht anwesend ist. Deswegen wollen wir da nicht weiter darauf eingehen, weil man ja lieber im persönlichem Gespräch die Fehler noch einmal analysieren möchte.

Bedauerlich finde ich allerdings, dass auch die Fraktionen, die heute große Änderungsanträge stellen, die auch immer große Haushaltsreden, Konsolidierungsreden führen, dann doch immer wieder in das Osterhasengehabe zurückfallen, d.h. da kriegt dieser noch etwas und jener kriegt noch etwas. Und dann kommt noch ein Verein, der möchte noch etwas, der wird dann hier sogar persönlich beantragt - ich meine da die CDU, das finde ich begeisternd von Ihnen, erst kürzen Sie den Gesamttitel und dann kriegt ein einzelner Verein ein bisschen

mehr, aber Sie müssen das wissen, wie dann die Politik durchschaubar sein soll für den Bürger und wie dort auch eine politische Linie noch ordentlich dargestellt werden kann. Interessant auch immer die SPD, die jedesmal warnt, dass der Haushalt gerettet werden muss.

Und wenn man ihnen dann sagt, der Haushalt ist zu retten, indem man deutlich im Personal-

bereich neu strukturiert, dann ist das Interesse an einer Haushaltskonsolidierung nicht mehr ganz so schlimm, dann wird verwiesen auf Nebenschauplätze wie Heide-Süd, wo sicherlich vieles schief gegangen ist, aber dort ist nur ein Bereich, und dann sind Investitionen. Wir haben hier in der Stadt ganz andere Möglichkeiten noch zu Einsparungen.

Da verweise ich wieder auf unsere ganz alten Vorschläge, erst einmal die Kindertagesstätten

deutlich zu untersuchen, das Ganze umzuformen in einen Eigenbetrieb, um eine Kostenrechnung zu machen und dann auch, wie es immer vorkommt, die Kindertagesstätten zu renovieren, wo es sich lohnt, wo ich vernünftige Betriebskosten habe, wo ich ein vernünftiges Einzugsgebiet habe und nicht immer wild Pläne zu machen, zu renovieren und im nächsten Jahr zu schließen. Ähnlich ja auch wieder bei den Schulen, wo wir große Investitionen

hier haben, und dann in der Zeitung lesen können, dass der Herr Gärtner aber doch beschließt, dieses Gymnasium dann umzuwandeln oder zu schließen oder was auch immer, d.h. ich baue jetzt um und muss dann für die nächste Nutzung wieder Investitionen tätigen an diesen Schulen. Und hier ist ein ganz großes Defizit in dieser Stadt, hier wird einfach nicht

sehr langfristig beschlossen. Hier wird nur noch kurzfristig beschlossen, hier traut sich niemand, jemandem zu sagen, dieser Schulstandort muss verändert werden, deswegen

investiere ich nicht, sondern hier wird halbjährlich entschieden über Standorte, hier wird halbjährlich in Gebäude investiert, die dann zugemacht werden. Das ist einfach unverantwortlich. So viel Geld haben wir nicht mehr in dieser Stadt.

Wenn wir immer die Forderung des Oberbürgermeisters hören, wir müssen die Einnahmen verbessern, ich glaube, da hat der Stadtrat schon einen wesentlichen Teil geliefert im vorigen Jahr, als die Straßenausbaubeitragsatzung verabschiedet wurde. Da haben wir ja lange mit uns gerungen, da haben wir ja lange darüber nachgedacht, ist es dem Bürger überhaupt noch zuzumuten, nachdem er schon über Steuern und ähnliches dort bezahlt, noch einmal aufzukommen für die Straßen, für deren Zustand er ja eigentlich nichts kann, ja die manchmal

seine Lebensqualität noch verschlechtert. Und der Stadtrat hat sich entschlossen, aufgrund des Drucks des Regierungspräsidiums und anderer Dinge hier den Bürger erhöht zur Kasse zu bitten. Jetzt zu sagen, der Bürger muss noch mehr zur Kasse gebeten werden über Grundsteuer und Gewerbesteuer, ist nicht nachvollziehbar. Und auch wenn es für das Unternehmen vielleicht nicht unbedingt von Belang ist, wie hoch die Gewerbesteuer ist oder die Grundsteuer, so ist es doch im Businessplan oder Erfolgsrechnung an irgend einer Stelle auch auszuweisen, und da können auch schon wenige hunderttausend Mark, um das einmal in

Anführungsstrichen zu sagen, über Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens unterscheiden. Und gerade die wenigen, die kleinen Handwerksbetriebe, die wir bei uns in der Stadt haben, für die ist eine Anhebung der Grundsteuer schon wichtig, und die Hausbesitzer, die dann nicht mehr die Investition vergeben können, die lieber Grundsteuer an die Stadt abführen,

wo es in irgend einem großen Topf verschwindet, wo dann Gruppen der Bevölkerung davon unterstützt werden, die dort vielleicht gar nichts damit zu tun haben und andererseits wieder die Handwerksbetriebe keine Aufträge mehr bekommen. Das heißt, der erste Arbeitsmarkt

wird weiter abgeschmolzen an dieser Stelle, indem wir alles in einem großen Topf nehmen und dort irgendwo umhermähren. Wir müssen den Leuten, die Arbeit vergeben, auch die Chance geben, diese Arbeit weiterhin vergeben zu können.

Und an der Stelle möchte ich noch einmal kurz an den Erfolg der F.D.P. innerhalb der Haushaltsberatung erinnern. Also, wir sind ja mit den Beratungen sehr zufrieden, muss ich einmal sagen, wenigstens an einer Stelle. Auch wenn wir in keinem Ausschuss Stimmrecht haben, ist es uns doch gelungen, eine Million DM in diesem Haushalt umzuschichten. Da haben wir etwas getan, was Herr Prof. Schuh vorhin geißelt hat, nämlich im Wirtschaftsausschuss beschlossen, wir brauchen eine Million DM mehr für die Außenwirkung

dieser Stadt, für die Darstellung der Stadt. Dann brauchen wir noch zusätzlich mehr Geld für die Wirtschaftsförderung, um unsere Stadt zu popularisieren. Wir wollten mehr Geld haben für Kongresse, Messen und Veranstaltungen. Eine Million DM ist aus dem Wirtschaftsauss-

schuss als Beschluss gekommen ohne Deckungsvorschlag. Aber da ist natürlich dann auch die Frage, ist es nicht dringend notwendig, innerhalb dieses Haushaltes, auch einmal eine Umschichtung vorzunehmen und nicht immer nur innerhalb des Deckungskreises. Und wenn wir überlegen, dass die Öffentlichkeitsaufgaben der Wirtschaftsförderung heruntergeschraubt wurden seitens der Verwaltung auf 240 TDM, dann ist es absolut lächerlich. Jeder Bauträger hat mehr Geld für seine bunten Prospekte als die ganze Stadt Halle für ihre Darstellung.

Und wir brauchen Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt, und deswegen, wie gesagt, sind wir sehr zufrieden, dass es uns gelungen ist, eine Millionen DM mehr zu erhalten für unsere Stadt, für die Werbung von Investoren.

Betrachten wir nun die Rolle der Verwaltung. Wo sehen wir dort noch Möglichkeiten? Ich hatte schon darauf hingewiesen, die Frage der Schulplanung, wo wir deutlich mehr machen können, die Frage der Kindertagesstätten, die Umstrukturierung, dann auch die ganze Frage der Personalplanung. Wir müssen uns einfach an irgend einer Stelle auch äußern, wie viel Personal können wir uns noch leisten und wo wollen wir es einsetzen. Wir müssen eine Struktur haben. Wir können nicht sagen pauschal, dort mehr oder dort weniger, sondern es muss gefragt werden, wo kriege ich die qualifizierten Fachleute her für die Bereiche, die ich brauche und wie kann ich andere Bereiche, wo ich nicht mehr so einen großen Bedarf habe, umschulen, andere Arbeitsplätze anbieten oder wie auch immer. Aber ich kann es nicht einfach so lange vor mir herumtreiben, bis es nicht mehr geht, das ganze an irgend einer Stelle platzt. Und es wird platzen oder wir haben nur noch einen Haushalt, der aus Personalkosten besteht. Und wenn ich dann die Forderung der ÖTV höre, möglichst schnell auf 100% zu gehen, dann mag das ja verständlich sein und ganz nett, aber dann muss diese Gewerkschaft auch sagen, wie sie die 17%, 18% zusätzliche Personalentlassungen rechtfertigen vor ihren Mitgliedern. Denn nichts anderes kann es heißen. Wir können doch nicht die Personalkosten um 18% steigern an dieser Stelle, und gerade der Kulturbereich ist davon betroffen.

85% der Kosten im Kulturbereich sind Personalkosten. Und wenn wir dort jetzt noch einmal 20 % drauflegen für erhöhte Personalkosten, dann ist an der Stelle Schluss, ist nix mehr mit

10% zu haben, wie es die SPD wünscht. Und gerade da haben Sie ja Einfluss, da ja SPD und Gewerkschaft doch relativ eng zusammengehen, noch einmal darüber nachzudenken, ob man hier andere Konzepte findet.

Eine Sache, die nur am Rande zu erwähnen ist, ist die Frage Privatisierung von Kultureinrichtungen, „Kiebitzensteiner“. Da haben wir jetzt plötzlich den Fakt, dass eben jener Herr, der hier aufgrund des unglücklichen Hantierens der Verwaltung nicht in seinem Engagement beendet werden konnte, jetzt beauftragt ist, als einziger ein Privatisierungskonzept zu erarbeiten. Also, das ist eigentlich ein Unding. Und an der Stelle müssen wir auch noch einmal nachstoßen, denn wenn wir eine Einrichtung privatisieren, dann brauchen wir mehrere Konzepte. Da muss man zum einen verschiedene künstlerische Konzepte sehen und auch verschiedene Finanzkonzepte. Als wir das „Steintor“ damals privatisiert haben, haben wir ja auch mehrere Bewerber zugelassen. Und so müssen wir es auch hier tun und nicht einfach nur jemanden beauftragen, der dann sagt, da brauche ich noch eine Million und dort brauche ich noch eine Million. Hier können wir nicht länger mitmachen. Hier gibt es andere Möglichkeiten und die sollten wir auch ergreifen.

Zu den Änderungsanträgen noch kurz:

Wir werden selbstverständlich zustimmen dieser Umschichtung der Mittel von Heide-Süd, die ja nun aus der Verwaltung fast kam, von der SPD aufgegriffen wurde, wo wir aber auch sehen, das dringend Investitionen notwendig sind im Schul- und Kindertagesstättenbereich. Aber, wie gesagt, noch einmal mit dem deutlichen Hinweis, auch nur in jene Gebäude zu investieren, die garantiert weiter genutzt werden, und wenn der Standort unklar ist, dann lieber in einen anderen. Es gibt genug Standorte, die sind ausgelastet und die sind auch auf Dauer ausgelastet. Wir können es uns nicht leisten hier, nur weil einer am lautesten geschrien hat oder dort jemand ist, den man gut kennt, das Geld reinzuverwenden. Was ich gegenwärtig gesehen habe, die Liste, scheint sie belastbar zu sein, aber das muss im einzelnen noch geprüft werden.

Nicht nachzuvollziehen sind für uns natürlich die Vorschläge des Jugendhilfeausschusses, wo es mich sowieso erstaunt, dass die wieder in den Rat kommen, weil die ja normalerweise über den Finanzausschuss hier beraten werden sollten und dort ja nun in Prüfung des Gesamtsachverhaltes eigentlich abgelehnt wurden, weil wir gesagt haben, in diesen Bereichen ist genug Geld eingestellt, ist es gegenwärtig durchaus noch auf einem gesunden Niveau. Das muss man ja immer sehen. Man soll jetzt nicht jammern, dass es allen schlecht geht. Freilich könnte ich mehr Geld ausgeben in diesem Bereich, das dürfte keinem Verein schwer fallen, mehr Geld auszugeben, aber da muss man auch sagen, da ist Schluss. Und dort auch wieder die alte Forderung an die Stadtverwaltung, endlich einmal vorzulegen, was ist eigentlich Bedarf. Das kommt immer wieder, das kommt von allen Fraktionen immer wieder jedes Jahr. Die Stadt muss sagen, was möchte sie. Und das gibt es noch nicht. Es geht immer noch so, dass jeder Verein kommen kann, kann einen Vorschlag machen, wir könnten noch das anbieten und dann sagt ein Mitarbeiter der Verwaltung, das klingt nett, da geben wir auch Geld dafür. Anstatt zu sagen, wir brauchen die und die Leistung und die vergeben wir dann an freie Träger, und dann wissen wir auch, was wir wollen, dann wissen wir auch wofür das bezahlen. Und das muss endlich eingeführt werden im Sozialbereich, das muss im Jugendhilfebereich eingeführt werden. Dort wollen wir endlich konkrete Vorgaben seitens der Verwaltung auf den Tisch bekommen. - Wenn es ein solches jemals als Vorschlag gegeben hat, ist es nicht zu sehen, wo es umgesetzt wird. Es ist nicht an dem, Sie können nicht den Vereinen soziale Leistungen, die sie fordern, zuweisen, sondern es gibt immer wieder eine allgemeine Entscheidung. Und dann kriegt der noch was und jener noch was.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Haushalt aufgrund der vorhin angedeuteten Umschichtung von einer Million DM zustimmen. Sehen dieser Tendenz auch, das heißt der Förderung der Wirtschaft positiv entgegen und hoffen, dass der Haushalt im nächsten Jahr noch deutlichere Impulse in die Richtung setzt.

Ich danke Ihnen.“

Herr Dr. Meerheim, Vorsitzender der PDS-Fraktion, äußerte:

„Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, wir haben, denke ich, alle zusammen eine aufregende und spannende Haushaltsdiskussion in den letzten Monaten hinter uns gebracht und wir sind alle ganz erpicht darauf, dass sie zum Abschluss kommt, denn es war sicherlich durch die Vielzahl der Beratungen und der Wiederholung der Beratung zu ein und dem selben Thema doch auch ziemlich belastend. Die Frage ist nur, wie soll dieser Abschluss des Haushaltes denn heute nun aussehen: so wie ihn die Verwaltung in Person des Oberbürgermeisters heute hier vorgeschlagen hat, das heißt, konkret wie er den Vorschlag unterbreitet nach dem letzten Gespräch mit dem

Regierungspräsidium oder so wie es der Finanzausschuss empfohlen hat, nämlich unausgeglichen und ohne ein Haushaltskonsolidierungskonzept. Und sollte der Haushalt ausgeglichen beschlossen

werden mit einem Scheinhaushaltskonsolidierungskonzept, aber dazu - welche Position unsere Fraktion dazu hat, später.

Die Haushaltsdiskussion, das muss man fairerweise sagen, da stimme ich den Vorrednern durchaus zu, ist trotz des parallel verlaufenden OB-Wahlkampfes in dieser Zeit durchaus fair, sachlich in der Auseinandersetzung in den Ausschüssen gelaufen, war die Diskussion von diesen Charakteristika geprägt mit dem Ergebnis, dass der Finanzausschuss sich in großer Mehrheit auf diese ominöse und doch so viel zitierte und kritisierte Summe von ca. 38 Mio DM verständigen konnte, die der Sicherung des Ausgleiches des Haushaltes ein Stückchen

näher gekommen sind.

Zweitens war diese Haushaltsdiskussion ganz sicherlich vorbestimmt, und das ist auch schon von einigen hier gesagt worden, eingerahmt durch die Bedingungen, die das Regierungsprä-

sidium vor allem im Zusammenhang mit den zwei Genehmigungsverfahren, und zwar zum Haushalt 1999 und zum Nachtragshaushalt 1999 vorgegeben hat.

Ich erinnere noch einmal kurz daran, was der wesentliche Inhalt war.

Erstens, der Beschluss des Haushaltes 2000 sollte unbedingt und endlich mit Vorlage eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes beschlossen sein.

Zweitens, der Ausgleich des Verwaltungshaushaltes sollte nicht durch einen Rückgriff auf die Rücklage oder Entnahme aus der Rücklage erfolgen. Offensichtlich ist man aber zwischen-

zeitlich von dieser Position abgerückt. Es geht auch da ziemlich heftig rauf und runter.

Und drittens, die Kreditaufnahme im Vermögenshaushalt wurde auf 45 Mio DM begrenzt.

Und man muss hinzusagen, auch die Verpflichtungsermächtigungen für den Haushalt 2000 wurden ja in erheblichem Maße gegenüber dem ursprünglichen Entwurf des Haushaltes 1999, der auch dann so beschlossen ist, abgesenkt.

Viertens war die Diskussion, das ist zwangsweise, damit natürlich auch gekennzeichnet durch den Zwang natürlich zur Haushaltskonsolidierung, dem der Stadtrat, wenn man das Ergebnis

sieht, insgesamt nicht gerecht werden konnte.

Und die Haushaltsdiskussion war, fünftens, damit vorgezeichnet, natürlich durch das angesprochene Defizit von 47 Mio DM, welches trotz geplanter Ausgabensenkung vor allen

Dingen bei den Personalausgaben und im sächlichen und betrieblichen Verwaltungsaufwand

sowie insgesamt doch höherer Einnahmen vor allem durch den Aufwuchs - da gebe ich Ihnen durchaus recht, Herr Oberbürgermeister - durch den Aufwuchs der Aufwendungen im Bereich der Sozialhilfeleistungen weitestgehend aufgeessen wurde. Das Problem ist nur, dass diese Leistungen, die wir dort zur Verfügung stellen und damit also Mittel, nicht von uns vergeben werden, weil wir das wünschen, sondern deshalb, weil dafür konkrete Bedingungen in unserer Außenwelt außerhalb dieses Hauses, nämlich verantwortlich sind, damit diese Kosten entstehen. Und deswegen ist also eine Vergleichsbasis der kreisfreien Städte der Bundesrepublik, und Halle ist da auf dem vorletzten Platz bei den Sozialhilfekosten pro Kopf eben nicht ganz fair, sondern man muss da schon sehr wohl sagen, welche Bedingungen diese einzelnen kreisfreien Städte vor Ort jeweils in ihrer sozialen Situation und sozialen Lage

haben. Dann kann man solche Aussagen, denke ich, auch konkretisieren, und dann wird man sehen, ob das so stimmt, wie Sie es hier gesagt haben.

An dieser Stelle, da sei durchaus vermerkt, drohen die Ausgaben in der Zukunft, weiter zu steigen, wenn nicht sogar zu explodieren, sollte es insgesamt keine Trendwende auf dem Arbeits- und Wirtschaftsmarkt der Bundesrepublik geben. Ein kleines laues Lüftchen ist da möglicherweise zu sehen, aufgrund der sich anbahnenden Konjunktur der Wirtschaft. Unsere eigene mittelfristige Finanzplanung hier im Haushalt bestätigt eigentlich dazu unsere

Aussagen. Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass Änderungen bezüglich des Gemeindeanteils an der Einkommenssteuer oder bezüglich des Zusammenspiels, darauf hat Herr Doege ja auch hingewiesen und der Kämmerer in der heutigen Vorlage noch einmal deutlich gemacht, zwischen Gewerbe und Einkommenssteuer auf der Grundlage dieses Steueränderungsgesetzes der Bundesregierung ja hier noch nicht in diesem Haushaltsentwurf, über den wir heute reden, eingerechnet sind. Und es ist sehr wohl so, dass das Haushalts-sicherungsgesetz der Bundesregierung beschlossen ist, und man kann heute sagen, dass zumindest die Übertragung der Lasten aus der bisherigen pauschalierten Zahlung der Wohngeldhilfe auf die Kommunen nicht durchgekommen ist, dafür aber die zwei anderen

Maßnahmen, von denen Herr Doege vorhin gesprochen hatte, d.h. also, im Rahmen des Familienlastenausgleiches für die Alleinerziehenden, dass die Kommunen hier mit herangezogen werden, genauso wie durch den Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe sich ganz sicher in den nächsten Jahren die Haushaltssituation dieser Stadt weiter verschlechtern wird, wenn wir das Problem der Massenarbeitslosigkeit hier und in der Region nicht in den Griff bekommen.

Das Land hat, das ist nachweisbar, die FAG-Zuweisungen um 3 % gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 419 Mio DM leicht erhöht. Das ist im Rahmen der Haushaltsdiskussion des Landtages geschehen und des Beschlusses, der im Dezember gefasst wurde, wo unsere Fraktion ja im Landtag nicht ganz unwesentlichen Anteil hatte, dass auch die Bemessungsgrundlagen vor allen für die großen Städte noch einmal geändert wurden. Dadurch haben wir ja ein bisschen mehr gekriegt. Die Summe insgesamt, die bereitgestellt wurde für Kommunen, ist so sehr deutlich nicht gestiegen. Dennoch sind diese 419 Millionen DM, die da jetzt zustande gekommen sind, noch 12% weniger Mittel, als sie der Stadt z.B. 1994 oder auch 1995, wo die höchste Zuweisungsrate des Landes kam, nämlich 480 Mio DM, 1994 waren

es 477 Mio DM, d.h. da ist doch eine Absenkung in den letzten Jahren erfolgt. Ebenfalls eine Absenkung, das muss man ja auch sagen, über Jahre kann man beim Ersatz von Sozial-

leistungen verfolgen, und zwar um über 50% bei gleichzeitigem Anstieg der Ausgaben um über 10 % seit 1996. Das heißt, dass nicht nur allein die Schuld von Umständen, die

außerhalb liegen, warum wir die Zuschüsse für Sozialhilfe aus unserem Haushalt immer mehr selbst finanzieren müssen, sondern es sind auch Zuschüsse von außen, vom Bund und Land, nicht mehr in der Höhe gekommen, wie sie ursprünglich 1995 und 1996 gezahlt wurden und das trotz der Verschlechterung der Lage der Stadt Halle und sicherlich auch vieler anderer Kommunen, die in dieser Art und Weise davon betroffen sind.

In der mittelfristigen Finanzplanung wird zwar vom gleichbleibenden Ersatzvolumen von Sozialausgaben ausgegangen, aber die Ausgabensteigerung in diesem Bereich wird trotzdem

mit insgesamt 14% prognostiziert.

Welche Spielräume, das muss man sich tatsächlich fragen, bleiben da noch für eine selbstständige Kommunalpolitik? Mit einer solchen Politik des Durchbrechens des Konnexitätsprinzips durch die Bundes- und durch die Landesregierung werden Maßnahmen zur Ausgabenreduzierung der Kommunen, die zur Verbesserung der eigenen Handlungsspielräume und zur Effektivierung des Leistungsangebotes für die Bürger beitragen sollen, regelrecht konterkariert und wie wir sehen, letztlich aufgeessen. Das wichtigste Standbein, so meinen wir, der Demokratie, die kommunale Selbstverwaltung wird so immer mehr unmöglich gemacht. Und es ist halt manchmal schwer, eine Entscheidung unter solchen Bedingungen zu treffen.

Diese über Jahre führenden Absenkungen konnten nur durch erheblichen Personalabbau, durch Senkung des Aufwandes im Sachkosten- und betriebswirtschaftlichen Bereich der Stadtverwaltung, ich wies schon einmal darauf hin, und stetige Gebührenerhöhung aller Art in den letzten Jahren bzw. auch Monaten, auch im Haushaltsentwurf dargestellt, abgefangen werden. Das meinen wir dann auch, wenn wir über die Lasten der Allgemeinheit reden, denn es betrifft letztlich das Portmonee aller Einwohner unserer Stadt. Und die Kommunen vertreten schon irgendwo die Allgemeinheit, denn sie sind letztendlich immer der Hund, den alle beißen, wenn die öffentlichen Kassen knapp sind. Man gewinnt so, das sei abschließend dazu gesagt, den Eindruck, dass alle Ebenen oberhalb der Kommunen ihre Haushalte auf Kosten der Kommunen weiter sanieren wollen. Im Unterschied zu Ihnen, Herr Doege, haben wir das schon immer gesagt. Sie haben den Vorteil, dass nun die Bundesregierung nicht mehr die Ihre ist und deswegen konnten Sie heute auch einmal etwas gegen die Bundesregierung sagen und vorher haben Sie nur gegen die Landesregierung gewettert. Wir wettern gegen alle Regierungen, egal, ob - man uns vorwirft,

wir seien beteiligt an einer Landesregierung oder auch in einer Tolerierung, weil wir meinen, dass Kommunalpolitik grundsätzlich Oppositionspolitik sein muss gegenüber den Landes- oder Bundespolitikern. Und wer dort die Interessen als Kommunalpolitiker der Bürger seiner Stadt gegenüber den Ebenen, die über ihm existieren, nicht wahrnimmt, ist eigentlich fehl am Platze und hat seine Aufgabe als Opposition nicht verstanden.

Eigentlich könnte ich an dieser Stelle aufhören - viele würden sich freuen -, weil die Situation insgesamt, wenn man den Haushalt betrachtet, sich nicht verändert hat gegenüber dem Vorjahr. Ich könnte eigentlich meine Rede vom Vorjahr herausholen und an dieser Stelle

weiter sie vortragen; es wäre fast annähernd das gleiche, was die Bewertung betrifft. Gestatten Sie mir trotzdem ein paar winzige Anmerkungen im Namen unserer Fraktion zum Haushalt noch zu machen, und zwar zuerst noch einmal zurück zu einer Gesamteinschätzung des Haushaltes.

Wir sind der Meinung, der Haushalt ist, genau wie in den vergangenen Jahren, ein ausge-

sprechener Sparhaushalt. Die Hauptschwerpunkte des Sparens, wenn man das denn so bezeichnen kann, liegen dabei wie auch in den vergangenen Jahren, ich habe es vorhin schon genannt, in dem Personal- und sächlichen betriebswirtschaftlichen Bereich der Stadtverwaltung, insbesondere letzterem. Wenn es um Unterhaltung und Instandsetzung der Grundstücke und Anlagen und Gebäude der Stadt geht, steht wohl in Zukunft für eine weitere Ausgabensenkung im Rahmen des Haushaltes nicht mehr zur Debatte und darf nicht mehr zu Debatte stehen. Hier ist, denke ich, die absolute Schmerzgrenze erreicht. Wir sind in den vergangenen Jahren von ursprünglich, so glaube ich, 86 Mio DM für diesen Bereich auf inzwischen 70 Mio DM heruntergegangen. Das kann nicht gut gehen, meine Damen und Herren, und hier müssen andere Reserven im Haushalt gesucht werden, die die Substanz der Stadt nicht weiter angreifen. Ich denke dabei auch an Bedingungen, die geändert werden müssen, die außerhalb des städtischen Haushaltes liegen, um die Kommunen insgesamt vor dem Kollaps zu retten.

Zweitens, der Haushalt wird zunehmend durch steigende Ausgaben für Zins und Tilgung belastet, insgesamt, wenn man das zusammenaddiert, Vermögens- und Verwaltungshaushalt, sind das immerhin satte 45 Mio DM circa in diesem Jahr. Die Verschuldung steigt also fleißig weiter an. Mit dem Haushalt 2000 haben wir eine Ist-Verschuldung von ca. 2000 DM pro Kopf, eine Soll-Verschuldung von 2500 DM erreicht. Hier muss unbedingt mit dem Haushalt 2001 eine Kehrtwende eingeleitet werden. Das bedeutet die Kreditaufnahme oder auch Neuverschuldung muss mindestens mittelfristig auf Null gefahren werden, um die Eigenfinanzierungskraft der Stadt nicht noch weiter zu gefährden bzw. nicht diese auch auf Null letztendlich fahren zu müssen.

Drittens, der Haushalt kann wohl letztmalig tatsächlich durch Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen werden und zwar fiktiv, wenn es denn der Stadtrat beschließt. Doch er wird wohl keine andere Wahl haben, denn die Verwaltung war nicht in der Lage, bis zur letzten Sitzung des Finanzausschusses eine beschlussfähige neue Vorlage eines Haushaltskonsolidie-

rungskonzeptes für die Jahre 2001 bis 2003 auszuarbeiten, um so den Auflagen, die wir bekommen haben, zu entsprechen und auch unseren eigenen Wünschen.

Kritisch hinzugefügt sei an dieser Stelle allerdings auch, dass Hinweise der Vertreter unserer Fraktion im Finanzausschuss, sich auch über diese Konsolidierungsbemühungen für die

Jahre 2001 bis 2003 im Rahmen des Finanzausschusses zu verständigen und damit zu beschäftigen, durch eine Mehrheit leider nicht zur Kenntnis wurden bzw. man führte dann an,

es wäre zeitlich nicht mehr machbar, dieses zu tun.

Ein weiteres Hinausschieben des Haushaltsbeschlusses ist für uns nicht verantwortbar.

Dennoch meinen wir, dass es besser gewesen wäre, auch im Sinne eines politischen Signals nach Berlin und Magdeburg, einen unausgeglichenen Haushalt zu beschließen.

Ich denke, das war auch der wesentliche Grund, warum man im Konsens im Finanzausschuss

zu diesem Beschluss gefunden hat. Das Haushaltskonsolidierungskonzept wird somit Aufgabe wahrscheinlich der neuen Oberbürgermeisterin werden. Unsere Fraktion wird daran sicherlich konstruktiv kritisch weiter mitarbeiten.

Es gibt einen strukturellen Fehlbedarf nach unserer Einschätzung, wenn man das so sagen darf, von mindestens 20 Mio DM bis 25 Mio DM, die - und jetzt sage ich einmal diese

Wunder-tütenöffnung, die wir in diesem Jahr wieder erhalten haben, abziehe und der Rest dann ver-

bleibt, was wir eingespart haben, dann das abziehen von den ursprünglichen 47 Mio DM, dann bleibt etwa in dieser Größenordnung ein Loch übrig, auch für das nächste Jahr, zumindest in der Struktur dieses Haushalts.

Es gehört zum Inhalt dieses Haushaltes durchaus positiv, dass die Verwaltungsreform offensichtlich langsam Raum greift, in Angriff genommen wird und die Mittel auch dafür hier zur Verfügung gestellt werden. Das erkennt unsere Fraktion an. Wichtig ist dabei für uns allerdings, dass dieser Prozess, der damit verbunden wird, hoffentlich, der Aufgabenneu-

bestimmung auf der Grundlage einer allumfassenden Aufgabenkritik geführt wird. Man hat nicht immer, wenn man das so beobachtet, das Gefühl, dass dies geschieht. Daraus entwickelte Aufgabenstandards aus dieser Aufgabenkritik, soweit sie nicht sowieso wie im übertragenen Bereich z.B. dringend vorgegeben sind, müssen die Grundlage für jegliche weitere Ressourcenplanung in der Zukunft sein. Ziel der Verwaltungsmodernisierung muss sein, die Herausbildung einer bürgerfreundlich effizient arbeitenden Verwaltung.

Ein besonders negativer Umstand, ich will darauf hinweisen, weil hier immer wieder auch davon gesprochen wurde, allerdings in anderen Zusammenhängen, kann die Überlagerung dieser Verwaltungsreform durch die notwendige Haushaltskonsolidierung werden.

Ich will auf einen Zusammenhang dabei hinweisen.

Sollte nämlich im Rahmen weiterer Konsolidierungsbemühungen vor allem nur auf massiven Personalabbau gesetzt werden, muss jeder hier im Saal damit rechnen, dass dies natürlich demotivierend auf die Teilnahme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Stadtverwaltung an der Umsetzung dieser Verwaltungsstrukturreform wirken muss. Aber ohne Motivation und Engagement gerade dieser Mitarbeiter, die in dieser neuen Struktur arbeiten sollen, wird diese Verwaltungsreform nicht machbar sein. Das ist nach unserer Auffassung eine sehr große Voraussetzung für ihren Erfolg. Hierfür müssen aber endlich auch die Rahmenbedingungen geschaffen werden, dazu zählt für uns die von uns seit Jahren gebetsmühlenartig, kann man ja nun fast schon sagen, eingeforderte Personalentwicklungsplanung. Seit 1995 jedes Jahr, mit extra Anträgen und zur Haushaltsrede. Sechs Jahre sind fast vergangen und es ist an dieser Stelle noch nichts passiert. Das soll auch noch einmal an dieser Stelle deutlich gemacht werden. Hier muss endlich etwas passieren.

Dazu gehören aber auch im Rahmen eines sozialverträglichen Konzepts zum Abbau von möglichen Personalüberhängen tarifvertragliche Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung.

Jeder Schritt, der endlich in dieser Richtung gegangen wird, findet die Unterstützung unserer Fraktion.

Der Haushalt und der Blick auf die mittelfristige Finanzplanung sagen uns, die Eigenfinanzie-

rungskraft der Stadt ist auf einem sehr niedrigen Niveau angelangt. Wir sind eigentlich an einem Punkt angekommen, den man mit „nach uns die Sintflut“ charakterisieren könnte. Eine dem Bürgerinteresse verpflichtete, sozial ausgewogene und über die Realisierung des Vermögenshaushaltes auch wirtschaftsfördernde Kommunalpolitik wird in den nächsten Jahren immer schwerer gestaltbar sein. Unsere Politik wird dem Prinzip Hoffnung auf eine dringend notwendige Gemeindefinanzreform unterworfen.

Zum Vermögenshaushalt:

Offensichtlich ist in der Neuvorlage für die heutige Sitzung, so habe ich das zumindest gesehen, in der angegebenen Gesetzsumme von 368 Mio DM die Summe der Haushaltsreste 1999 mit aufgenommen worden, denn es ist mir aus den sonstigen Veränderungen, die wir heute mitgeteilt bekommen haben, nicht ersichtlich, wie die Veränderung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf, wo wir über insgesamt 292 Mio DM gesprochen hatten, zustande käme. Ziehen wir von dieser Summe 368 Mio DM 18 Mio DM aus dem Einzelplan 9 ab, die zur Tilgung genutzt werden, bleiben immerhin noch 350 Mio DM an Mitteln, die man für Investitionen oder investitionsnahe Maßnahmen einsetzen kann und soll. Das ist eine beachtliche Größe. Wenn ich mir allerdings die umgesetzten Investitionsmittel im Haushaltsjahr 1999 ansehe, und da waren wir immerhin bei 310 Mio DM in der Ausgabe unter Einschluss der Haushaltsreste von 1998, die da mit verbraucht wurden, so sei ebenfalls erneut wie jedes Jahr die Frage erlaubt: Können wir dieses Volumen umsetzen? Man fühlt sich ja fast schon an „Dinner for one“ erinnert, wo dann immer das Sprichwort kommt „The same procedure as every year“. Genau das erfolgt hier auch wieder. Da diese Frage für uns, denke ich, auch sicher mit Nein beantwortet werden muss, stellt unsere Fraktion erneut, wie in jedem Jahr, zumindest im letzten, den **Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, bis September 2000 eine Liste der begonnenen und voraussichtlich bis zum Jahresende noch kassenwirksam umsetzbaren Investmaßnahmen sowie Vorschläge zur Verhinderung von übergroßen Haushaltsausgaberesten 2000 vorzulegen**. Damit wäre es möglich, einerseits einen Beitrag zur Verminderung der Kreditaufnahme zu leisten, gleichzeitig würden wir einen Beitrag damit natürlich zur Konsolidierung des Haushaltes leisten und einen Schritt auf dem Wege zur Null bei der Neuverschuldung gehen - einen ersten Schritt. Dies würde sicher auch den Beifall des Regierungspräsidiums hervorrufen, das ja einen solchen Schritt in seinen Genehmigungen dringend angemahnt hat.

Auch die Verpflichtungsermächtigung von 2001 in Höhe von 42 Mio DM scheinen mir sehr hoch gegriffen, wenn ich an die Genehmigungen des Regierungspräsidiums für den Haushalt 1999 und den Nachtragshaushalt 1999 denke.diese Summe birgt für mich erneut Zündstoff. Wie sollen die durch die Finanzkraft der Stadt untersetzt werden, wenn kein Haushaltskonsolidierungskonzept für diesen Zeitraum vorliegt und das Regierungspräsidium in seinen Genehmigungen auf den Ausweis des Vorhandenseins dieser Finanzkraft nicht zu Unrecht großen Wert gelegt hat.

An dieser Stelle sei in Anlehnung an Herrn Prof. Schuh warnend daran erinnert, dass Verpflichtungsermächtigungen nicht dazu führen dürfen, Geld auszugeben, welches der Rat noch gar nicht bereit gestellt hat. Das um so mehr, wenn gar Verfügungssperren des Oberbürgermeisters auf ihnen ruhen und über sie per notwendiger Antragstellung zur Freigabe gewacht wird. Offensichtlich hatten im vergangenen Jahr aber einige Male die Wachen geschlafen bzw. sie wurden außer Gefecht gesetzt und die Gelder wurden trotzdem ausgegeben.

Ich denke, es wird Zeit, dass wir aufhören, Luftschlösser zu bauen. Wir können eben nur noch das machen, was wir uns auch tatsächlich leisten können, auch auf dem Sektor der

Investitionen. Dabei muss nach unserer Auffassung, das predigen wir auch schon seit Jahren, nun endlich umgesteuert werden. Für die Zukunft muss das Prinzip konsequenter durchgesetzt werden: Erhalt der Substanz kommt vor Neubau, Neuinvestitionen nur dann, wenn die Finanzierbarkeit über den gesamten Zeitraum gesichert ist. Hier wird uns hoffentlich heute durch die Annahme des gemeinsamen Antrages der zusätzlichen Bereitstellung von ca. 9 Mio DM für Investitionen in Schulen und Kitas ein erster Schritt gelingen. Wir wollen das in Zukunft weiter fortsetzen. Das kündigen wir hier an dieser Stelle schon einmal mit an.

Wir möchten in diesem Zusammenhang auch unsere Freude zum Ausdruck bringen, dass die CDU und Teile anderer Fraktionen ihre Verweigerungshaltung des letzten Jahres, als wir diesen Antrag schon einmal gestellt hatten, offensichtlich ad acta gelegt haben. An dieser Stelle muss aber auch noch einmal in Richtung Landesregierung durchaus Kritik geübt werden.

Es wird Zeit, dass Fördermittel nicht ausschließlich nur für Straßen und Brücken, sondern auch wieder für Kitas und Schulen in Größenordnungen bereitgestellt werden, denn auch sie gehören zu den wichtigen Standortfaktoren, zur städtischen Infrastruktur.

Doch nicht nur bei den direkten Investitionen kommt es auf andere Prioritäten an, in das Konzept zur Umstrukturierung der Investitionsmaßnahmen ordnet sich nach unserer Auffassung auch der zweite gemeinsame Antrag der Fraktionen von SPD und PDS ein, wenn wir zusätzliche Mittel für Unterhaltungsmaßnahmen z.B. in den Bereichen Sport und Kitas fordern, wobei bei Kita eine deutliche Einschränkung vorliegt, auch wenn dies den Verwaltungshaushalt betrifft und nicht den Vermögenshaushalt. Fast 10 Mio DM sind seit 1995 in der Unterhaltung durch Reduzierung der Mittel für die Substanzerhaltung bis zum heutigen Tage verloren gegangen. Der Verschleiß nimmt unabänderlich zu. Um so dringender sind demzufolge Investitionsmaßnahmen in die Substanz. Man kann es nicht oft genug wiederholen.

In der mittelfristigen Finanzplanung wird ein deutliches Absinken des geplanten Volumens der durch die Stadt ausgelösten Investitionen deutlich. Diese, ich sage es einmal, traurige Zukunftsperspektive ist natürlich schon Ausdruck und Konsequenz der tendenziell stark sinkenden Eigenfinanzierungskraft unseres Haushaltes. Unterstützung von Bund und Land wären hier geboten, um den dringenden Nachholebedarf bei der infrastrukturellen Ausgestaltung unserer Stadt abbauen zu können. Allein werden die Kommunen diese Aufgaben nicht bewältigen, denn sofort müssen sie einen Spagat aushalten, und zwar den Spagat zwischen dem Abbau dieses zu DDR-Zeiten entstandenen Nachholebedarfs und dem Wunsch nach Absenkung der Verschuldungsrate, den auch wir heute hier deutlich zur Kenntnis gegeben haben.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte zum Verwaltungshaushalt sagen.

Dieser Teil des Haushaltes soll wie der Vermögenshaushalt letztlich durch den Griff in die Rücklage ausgeglichen werden. Über die Sinnhaftigkeit dieses Tuns habe ich ja heute schon einmal etwas gesagt. Was folgt aber daraus? Die Rücklagen sind wohl nun ein für alle Mal aufgebraucht. Neue Schwerpunktsetzungen in den nächsten Jahren sind nur durch Ausgaben-

kürzungen oder Einnahmeerhöhungen möglich. Das haben heute alle Redner an dieser Stelle betont, nichts besonderes. Ein wichtiger Bestandteil des Haushaltes sollte nach unserer Meinung immer die Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung sein. Unser Fraktion begrüßt es deshalb ausdrücklich, dass auch in diesem Jahr wieder Mittel für die Fortführung des Programms „Arbeit statt Sozialhilfe“ bereitgestellt werden. Wir unterstützen auch in Zukunft alle Anstrengungen im Rahmen der kommunalen Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung

für Neuansiedlung, die gezielte Unterstützung von Existenzgründungen und vor allem aber auch die Pflege und Entwicklung der vorhandenen bestehenden Unternehmen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch erfreulich, dass über die Diskussion, Herr Kley, im Wirtschaftsausschuss nunmehr mehr Mittel für Öffentlichkeitswerbung und Werbung im Haushalt eingestellt werden in einer Gesamtsumme von 950 TDM - nur dass wir eine andere Deckung dafür gefunden haben.

In diesem Zusammenhang sollte aber auch geprüft werden, wenn wir schon so viel Mittel dafür ausgeben, wie wirksam der Einsatz denn der Mittel im Rahmen des Ein-Mann-Unternehmens Regionale Wirtschaftsagentur Halle-Leipzig erfolgte und erfolgt. Das wäre einmal eine Aufgabe für den Wirtschaftsförderungsausschuss, die Mittelverwendung dort zu prüfen,

mit welchen Ergebnissen dieses Unternehmen arbeitet und mit welchem Erfolg für die Stadt Halle. Man hat so das Gefühl, das nennt sich nur Halle-Leipzig; die Ergebnisse entstehen

aber in Leipzig und nicht so sehr in der Region Halle. Aber vielleicht gelingt es dann, den beiden Bürgermeistern dieser Stadt, dort einen Konsens herbeizuführen.

Ein weiteres, im Haushalt nicht aufgetauchtes Instrument der Wirtschaftsförderung sollte schnellstens belebt werden, einige Redner sprachen davon, und zwar der Erlös aus dem Anteilsverkauf der EVH. Sollte genau so, wie es die Leipziger machen, für Technologie- und Innovationsförderung eingesetzt werden. Ein großer Teil sollte so schnell wie möglich im Rahmen einer Stiftung oder eines Kapitalfonds mit dem Ziel der Verbesserung von Arbeits-

markt und regional-wirtschaftlichen Strukturen zur Verfügung gestellt werden.

Lassen Sie mich kurz noch sagen zur Kinder- und Jugendarbeit:

Sie wissen ja, das ist immer so die Schmerzgrenze für die PDS, wenn es um den Haushalt geht, und es liegt uns jedes Jahr neu am Herzen, dass hier ausreichend finanzielle Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen des Haushaltes signalisiert wird.

Dafür haben wir in den vergangenen Jahren auch immer heftig gekämpft und das mit Erfolg, wie man sieht. Es widerspiegelt sich auch im Haushalt dieses Jahres. Die Mittel wurden in voller Höhe wie im Planansatz 1999 zur Verfügung gestellt. Offensichtlich haben auch die anderen Fraktionen akzeptiert, dass Kürzungen in diesem Bereich nur schwer vorstellbar sind.

Es freut uns.

Der Sozialhaushalt ist, wie schon erwähnt, vor allem im Bereich der originären Sozialhilfe, weiter im Ansteigen. Dies ist nicht etwa Ausdruck einer sozialeren Politik, sondern wir spiegeln nach unserer Meinung zunehmende Differenzierungsprozesse in dieser Stadt. Immer mehr Menschen werden aus unterschiedlichen Gründen von Sozialhilfe abhängig oder fallen durch gesetzgeberische Maßnahmen, die zu Lasten der Kommunen gehen, in deren Bezugskreis. Die Zahl der Menschen mit niedrigem und niedrigstem Einkommen nimmt ständig zu. Die Kommunen haben weiterhin die Folgen der Massenarbeitslosigkeit zu tragen, statt Abhilfe von Bund und Land deutet sich gegenwärtig eher die Übertragung weiterer Lasten auf die Kommunen an. Wir werden leider auch in Zukunft mit offenbar mindestens gleich-

bleibenden Sozialhilfekosten und den individuell und sozialen Folgen, die daraus erwachsen,

zu kämpfen haben. Das belastet, wie schon gesagt, schwer unseren Haushalt und engt die Spielräume ein.

Etwas Erfreulicher aus unserer Sicht ist da der Tatbestand, dass im Zuge der Haushalts-

diskussion eine Mehrheit entgegen dem ursprünglichen Entwurf der Verwaltung sich endlich für die marginalen, wie Herr Prof. Schuh gesagt hat, Peanuts 30 TDM für die Fortführung des Projektes Frauen-Nacht-Taxi auf Antrag unserer Fraktion bereitgestellt hat und in der heutigen Änderungsbeschlussvorlage schon Berücksichtigung findet. Deswegen empfehle ich, dass dem zugestimmt wird. Wir hoffen, dass sich diese 30 TDM etablieren, auch in Zukunft, und nicht darüber gestritten wird.

Ökologie findet in diesem Haushalt immer weniger seinen Ausdruck. De facto findet sie keine Berücksichtigung. Eine Trendwende in der Verkehrspolitik ist auch nicht in Sicht. Vor allem große und neue, vom Land geförderte Vorhaben werden bevorzugt, und wenn es um Licht-

zeihanlagen geht, dann ganz besonders. Auch hier gilt es, in Zukunft mehr Augenmerk auf die Instandhaltung der vorhandenen Substanz zu konzentrieren. Herr Doege hat nicht zu Unrecht auf die kaputten Straßen unserer Stadt, die manchmal wie ein Schweizer Käse aussehen, verwiesen. Und man muss auch wieder einmal ein bisschen an unser Radwege- und Fußwegekonzept, welches der Stadtrat schon vor langer Zeit beschlossen hat, denken und dafür die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Die Mittel für den ÖPNV, darauf wurde schon verwiesen, selbst durch den Oberbürgermeister, befinden sich weiterhin in der Talfahrt. Ausreichende Fördermittel kommen weder vom Land, noch können sie von der Stadt selbst im Rahmen der schwierigen Haushaltslage bereitgestellt werden. Das zerstört einen angebotsorientierten ÖPNV in unserer Stadt. Nur muss man sagen, dass dieses Problem eben nicht allein durch die Kommune gelöst werden kann.

Dazu wäre ein Umsteuern der Verkehrspolitik vor allem von der Ebene des Bundes aus dringend notwendig. Dazu finden sich im Moment nicht einmal Ansätze und das, obwohl auch Grüne, die dafür jahrelang gekämpft haben, sich in dieser Bundesregierung befinden.

Die Kultur- und Kunstentwicklung in unserer Stadt kommt ebenso immer mehr ins Gerede. Wir müssen wohl für die „Kulturhauptstadt“ einen entsprechenden Preis zahlen. Dennoch wird es kurz- und mittelfristig unabwendbar sein, dass der Kulturhaushalt sein Scherflein zur Haushaltskonsolidierung beiträgt. Dabei muss allerdings verhindert werden, dass mit dem Rasenmäher vorgegangen wird. Es wird Zeit, im Rahmen der Diskussion der Kultur-

konzeption der Stadt Halle zu sagen, was man sich in diesem Bereich leisten will und kann. Neue Ansätze des Haushaltsmanagements der einzelnen Kultureinrichtungen und für sie sind gefragt. Notwendig ist dabei gleichzeitig Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum

als nur über ein Haushaltsjahr für diese Einrichtungen, dann sind sicherlich auch Beiträge zur Haushaltskonsolidierung möglich.

Fazit: Auch wenn man noch zu anderen Dingen hätte etwas sagen können, aber irgendwann läuft einem ja die Zeit davon, und ich merke, Sie stöhnen schon alle, es ist festzustellen, dass der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung erstmalig und, wie in diesem Jahr geschehen, in Größenordnungen Verschiebungen erhalten hat, die auch aufgrund von Anträgen verschiedener Fraktionen vorgenommen wurden. Die PDS-Fraktion war daran nicht ganz unbeteiligt.

Abschließend möchte sich die PDS-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Eigenbetriebe und auch der Stadtverwaltung für ihre engagierte Arbeit in dem vergangenen Jahr, denn damit schließen wir heute auch dieses Jahres mit ab, bedanken. Sie können mit einer konstruktiv kritischen Begleitung Ihrer Arbeit durch unsere Fraktion auch in Zukunft rechnen.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Weiland, HAL-Fraktion, führte aus:

„Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie brauchen keine Angst zu haben, ich werde in der Länge der Redezeit mich bemühen, Herrn Meerheim keine Konkurrenz zu machen. Das vielleicht als erste Aussage. Ich möchte zunächst zu den zwei Vorlagen, die mit dem Haushalt verabschiedet werden sollen, etwas sagen. Da geht es zum einen um die Anhebung der Realsteuersätze. Dieser Vorlage werden wir nicht zustimmen. Herr Dr. Rauen hatte ja bei seiner Einbringung des Haushaltes im Dezember sich bemüht, bei mir noch einige antikapitalistische Reflexe zu erwecken. Die sind aber nur rudimentär vorhanden, und insofern hat er da keine Chance gehabt. Ich denke auch, es geht bei der Höhe der Steuern nicht darum, dass wir uns in der Konkurrenz mit anderen Städten wie Magdeburg oder Leipzig befinden, sondern wir befinden uns in Konkurrenz mit unserem unmittelbaren Umland, mit dem Saalkreis. Und da, denke ich, wäre eine Anhebung eindeutig kontraproduktiv.

Der zweite Punkt ist das Konsolidierungskonzept, dem werden wir in der jetzt vorgelegten Kurzfassung zustimmen.

Dann möchte ich mich noch bei den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion bedanken für die Erwähnung des Frauen-Nacht-Taxis. Es sind Eigenschaften, die ich persönlich sehr schätze, Beständigkeit und Zuverlässigkeit; insofern sind meine Erwartungen nicht enttäuscht worden, auch wenn es sich mit 35 TDM bei einem Haushalt von einer Milliarde Mark um eine eher marginale Größe handelt.

Ein weiterer Punkt, der mich berührt, betrifft die Kollegen der SPD-Fraktion. Sie sind ja diejenigen, die in der letzten Stadtratssitzung einen Antrag eingebracht haben, den Kulturhaus-

halt auf 10 % zu reduzieren. Und ich habe heute mit Interesse in den Vorlagen gelesen, dass Sie ihn gerne aber doch erhöhen möchten, für das „neue theater“ zumindest. Und da Sie ja außerdem der Meinung sind, dass die Intendantin des Thalia-Theaters gefeuert werden sollte, was uns etwa eine halbe Millionen noch einmal kostet, muss ich sagen, ist Ihre Glaubwürdigkeit in dieser Frage für mich schwer in Mitleidenschaft gezogen. Vielleicht können Sie die ja in irgend einer Art und Weise wiederherstellen. Ich möchte mich zunächst noch beim Finanzausschuss, den Mitarbeitern der Verwaltung

und natürlich bei Herrn Koch, der leider heute krank ist, für die konstruktive Beratung im Finanzausschuss bedanken. Ich persönlich hatte ja zum ersten Mal das durchaus auch zweifelhafte Vergnügen, an der Behandlung der jetzt vorliegenden Haushaltssatzung teilzu-

nehmen, wenn man einmal von der Behandlung dieses Nachtragshaushaltes 1999 absieht. Dazu muss etwas Historie in Erinnerung gerufen werden.

Begonnen haben wir im Dezember 1999 mit einem Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt von 47,3 Mio DM. Zwischenzeitlich war dieser Fehlbetrag dann noch einmal auf über 50 Mio DM angewachsen, um dann langsam auf einen Fehlbetrag von 9,2 Mio DM abzusinken. Nach der Erkundigung von Herrn Koch beim Regierungspräsidenten wurden dann 8 Mio DM aus der allgemeinen Rücklage entnommen, die der Finanzausschuss eigentlich in dieser belassen wollte. Und wunderbarer Weise fanden sich dann auch noch die restlichen 1,2 Mio DM aus der Konzessionsabgabe der EVH an. So entstand ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt, mit dem wir uns heute hier befassen können.

Bei allen Problemen, die die Stadt Halle mit Sicherheit auf der Einnahmeseite hat, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier auch gegenüber den Stadträten eine große Keule geschwungen wurde, um mit Ausgaben verbundene Überlegungen von vornherein abzublocken. So legitim es seitens der Verwaltung ist, alle Einsparmöglichkeiten zu suchen,

grenzt dieses Verfahren doch schon fast an eine Art politischer Nötigung, wenngleich uns das Ziel sicher alle eint, die städtische Handlungsfreiheit in diesem Punkt zu erhalten.

Insgesamt muss festgestellt werden, dass sich die finanzielle Situation der Stadt trotz ausge-

glichenem Haushalt als desolat darstellt. Solches geht im übrigen auch aus der mit dem Haushalt vorgelegten Finanzplanung bis 2003 hervor. Dazu kommen auch noch in gewissem Umfang Unwegbarkeiten; so vermag ich mir nicht vorzustellen, wie sich die Neuregelung des Länderfinanzausgleiches auswirken wird.

Von einem hohen Niveau aus steigende Sozialleistungen bei gleichzeitig gering wachsendem

Steueraufkommen, das ist eine Situation, in der niemand versprechen kann, dass es künftig wieder mehr zu verteilen gibt. Und darauf, denke ich, heißt es, sich einzurichten.

Einer der wenigen Ansätze, der in die richtige Richtung führt, ist das neue Steuerungsmodell,

so es denn tatsächlich zu höherer Kostentransparenz und zur wünschenswerten Auflösung der Sammelnachweise führt. Allerdings wird auch dieses zunächst mehr kosten, wie uns spätestens mit dem dazu erforderlichen neuen EDV-Konzept bewusst geworden sein dürfte.

Die Sanierung der Finanzen der Stadt ist sicher auch eine Grundlage für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung, die wiederum zu einem höheren Steueraufkommen führen könnte.

Sparen bedeutet letztlich zu entscheiden, welche Ziele beibehalten werden sollen und auf welche Ziele verzichtet werden kann. Ich glaube, diese Diskussion haben wir hier bisher in unzureichendem Maße geführt. Mir ist nur erinnerlich, dass permanent über einzelne Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gesprochen wurde, über die damit verbundenen Zielvorstellungen jedoch kaum.

Für den Bereich Kultur beginnen wir demnächst mit einer derartigen Diskussion der Ziele, notwendig ist jedoch solches in allen Bereichen.

Klare Zielvorstellungen erleichtern dann auch die unangenehmen Entscheidungen, ohne die es vermutlich nicht abgehen wird. Ich denke hierbei besonders an die Neuorganisation des

städtischen Reinigungsdienstes, die Einsparungen bei der HAVAG und die Anhebung von Gebühren städtischer Einrichtungen.

Selbstverständlich enthält der Haushalt auch Bestandteile, die wir uneingeschränkt befürworten können.

So finden alle Maßnahmen zur Unterstützung einer besseren Vermarktung der Stadt Halle und ihrer Einrichtung unsere Zustimmung. Ich erinnere an die hier schon mehrfach erwähnten umgeschichteten Mittel und auch die Mittel zur Verbesserung der Internetpräsentation und die Kulturdatenbank. Andere Möglichkeiten zur Verbesserung der Effektivität städtischer Einrichtungen sind trotz langer Diskussion noch nicht auf den Weg gebracht. Ich erinnere hier nur an das Management zur besseren Auslastung von Sportstätten. Dazu sei mir an dieser Stelle noch eine kurze Anmerkung gestattet: Wir sollten uns überlegen, ob wir uns wirklich langfristig eine Sportstätte in Trägerschaft der Stadt leisten wollen, die unter dem natürlichen Grundwasserspiegel liegt.

Ein weiterer beunruhigender Punkt des vorliegenden Haushaltsplanes ist die zunehmende Verschuldung der Stadt. Nun kann man dazu feststellen, dass es in Halle noch nicht so schlimm ist wie in anderen Städten, man kann anführen, was es da für Gründe gibt wie die allgemeine Finanzschwäche ostdeutscher Kommunen. Der Rückgang der Bevölkerung durch Migration und Überalterung, der schlechte administrative Zuschnitt, der zu einer Benachteiligung der Kernstadt gegenüber dem Umland führt usw.

Fakt ist aber, dass das Regierungspräsidium bereits in der Genehmigung der Haushaltssatzung für 1999 die Höhe der Kreditaufnahme auf 45,5 Mio DM begrenzt hat.

Diese Begrenzung

wurde in der Genehmigung des Nachtragshaushaltes bekräftigt und mit der Forderung nach einem Haushaltskonsolidierungsprogramm verknüpft. In der Finanzplanung für den Vermögenshaushalt ist aber bereits für 2001 wieder eine Kreditaufnahme in Höhe von 56 Mio DM angegeben. Vermutlich ist das die Bugwelle aus der Erschließungsmaßnahme Heide-Nord, die wir bereits dieses Jahr vor uns herschieben. Insofern ist festzustellen, dass mit dem Weggang von Herrn Dr. Rauen bereits eine Kommune mit beschränktem finanziellen Handlungsspielraum zurückbleibt, in der zusätzlich noch versucht werden muss, im nächsten

Jahr 2001 das gerade genannte Problem wieder in den Griff zu bekommen.

So weit, so schlecht.

Die HAL-Fraktion wird vorliegenden Haushalt der Stadt nicht zustimmen, nicht, weil wir uns scheuen, für diese Stadt als Gemeinwesen Verantwortung zu übernehmen, sondern weil wir in diesem Haushalt keine Zukunftsfähigkeit entdecken können.

Ein bloßes Weiter-so trotz Haushaltskonsolidierungskonzept erscheint uns unangemessen. Wir möchten, dass die Stadt finanziell handlungsfähig bleibt, und dazu bedarf es offensichtlich anderer Strukturen, die durch stärkere Eigenverantwortung und kommunikative Formen in der Verwaltung geprägt sind.

Wir wollen, dass das kommunale Vermögen die Stadt weniger belastet als bisher. Dazu ist ein besseres Management der Ressourcen notwendig. Und wir wollen, das sagte ich bereits,

eine offene Diskussion, welche Ziele städtischer Politik beibehalten werden soll und auf welche verzichtet werden kann, denn das macht den eigentlichen Wortsinn des Begriffes Sparen aus.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

Herr Bressel, MBL-Fraktion, äußerte:

„Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die MBL, die Mieter- und Bürgerliste Halle, war das ja nun die erste Haushaltsplanung, die wir mitgemacht haben. Wir waren überrascht von den Sachen, wie wir teilweise erlebt haben in einzelnen Dezernaten. Also Heide-Süd hat ja schon Würdigung gefunden, Vertrag Voigt oder Opernhaus ist auch schon erwähnt worden.

Das war etwas, was wir uns so nicht vorgestellt haben und von dem wir hoffen und wo wir beitragen möchten, dass es so etwas in der Zukunft nicht wieder geben wird.

Zum Haushaltsplan generell haben wir das Gefühl, dass er - früher sprach man ja vom so ge-

nannten Geist von Rapallo - auch so einen Geist der vergangenen Finanzjahre der städtischen Politik atmet. Wenn man diese Haltung in der Finanzpolitik beibehält, dann werden natürlich alle Ankündigungen unseres derzeitigen Stadtkämmerers so eintreffen, nämlich jedes Jahr wird es weniger Geld geben, und jedes Jahr werden wir aufs Neue diskutieren, wo wir etwas einsparen können.

Wir werden uns deshalb weiterhin dafür stark machen, dass eine veränderte Finanzhaltung eintritt. Wir sind gegen Steueranhebung, das haben wir immer wieder gesagt, und wir werden auch heute wieder der Steueranhebung nicht zustimmen.

Wir wollen es kurz machen. Wir danken den Mitarbeitern des Rathauses und den Kollegen im Finanzausschuss und Ihnen allen, die dabei waren, für die fleißige Arbeit und dieses dicke Papier.

Wir werden dem Haushalt zustimmen und hoffen, dass wir für die Zukunft dann etwas Besseres erreichen können. Schönen Dank.“

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** nahm Bezug auf die Äußerungen der Fraktionssprecher:

„Ich möchte mich zunächst einmal bedanken für eine, wie ich meine, im wesentlichen sachliche Auseinandersetzung mit dem Haushalt. Dass dabei immer die Verwaltung Splitter abkriegt, das entspricht der Übung und ich wäre sehr verunsichert gewesen, wenn das heute nicht passiert wäre, es hätte also mein Weltbild völlig durcheinandergebracht, und das kurz vor Beendigung meiner Dienstzeit, Herr Prof. Schuh, das wäre mir nicht zumutbar gewesen.“

Ich möchte aber insbesondere Herrn Dr. Meerheim, auch wenn er jetzt gerade nicht da ist, sehr herzlich dafür danken, dass er noch einmal die grundlegenden Einflussfaktoren, die nicht unserer Gestaltungsmöglichkeit unterliegen, sehr nachhaltig hervorgehoben hat. Ich will die Stichworte noch einmal nennen: Durchbrechung der Konnexität, das heißt Belastung mit ständig neuen Aufgaben, ohne dass die Finanzen entsprechend angepasst werden durch die jeweiligen übergeordneten Institutionen, ob Bund oder Länder, das spielt jetzt gar keine Rolle.

Der zweite Punkt, er hat im Hinblick auf die Einstellung von Mitteln in den Haushalt - da bin ich nicht mit ihm einer Meinung - als ein Signal nach Magdeburg und Berlin bezeichnet. Das liegt zwar nahe auf dem Hintergrund der ständigen Verletzung des Konnexitätsprinzips, aber unsere Gemeindeordnung schreibt im § 90 den Haushaltsausgleich vor und Mittel, die im vergangenen Jahr nicht benutzt worden sind, nicht verwendet worden sind, die also „übrig“ geblieben sind, die wir eingespart haben, besser gesagt, die müssen dann auch zur Deckung des Defizits verwendet werden. Es ist also auch insofern keine Drohung des Regierungspräsidenten, sondern es ist nur ein Hinweis auf die Gesetzeslage. Das muss man

noch einmal deutlich sagen, damit da keine Missverständnisse entstehen.

Ich bin auch mit Herrn Dr. Meerheim sehr einverstanden, und er wird sich erinnern, dass ich diese Problematik in den Ausschüssen, aber auch öffentlich angesprochen habe, dass wir natürlich bei der Verwaltungsreform immer in dem Konflikt stehen, dass Erscheinungen der Reform nur gewertet werden unter dem Aspekt Personalabbau. Und wenn das passiert, dann wird das die Reform lähmen und unmöglich machen. Deswegen hatte ich Ihnen ja auch im Ausschuss gesagt, wir haben ganz bewusst das, was an Personalreduzierungen generell, quer

durch, nötig und möglich war, das haben wir vor Eintritt in eine heißere Phase der Verwaltungsreform zu praktizieren versucht.

Eine kleine Korrektur ist nötig, damit hier kein Missverständnis entsteht. Herr Dr. Meerheim hat sich gegen die Vergleiche mit den kreisfreien Städten gewandt und hat hinzugefügt, dass

ich sinngemäß Äpfel mit Birnen verglichen hätte. Hier ist er einfach einem Irrtum unterlegen;

ich habe nur die kreisfreien Städte in den neuen Bundesländern miteinander verglichen, also nicht neue und alte Bundesländer, dann wäre sicherlich der Einwand zu Recht formuliert worden.

Jetzt aber zu einigen anderen Anmerkungen, ohne dass ich sie alle aufgreifen will. Das ist ja zum Teil auch schon im Wechselgespräch geschehen. - Herr Kley, natürlich, das, was Sie postuliert haben, dass wir nicht in Gebäude investieren, die ohne dies geschlossen werden als Schulen, das ist so selbstverständlich wie das Amen in der Kirche (*Einwurf Stadtrat Kley: ...aber leider nicht umgesetzt worden*). - Hätten Sie doch bitte einmal Beispiele genannt, dann hätten wir uns damit auseinandersetzen können. Wir machen uns dazu sehr intensive Gedanken und wir haben ausdrücklich an verschiedenen Stellen auch den Beteiligten gesagt, bei euch kann nicht mehr investiert werden, weil euer Gebäude nicht erhalten bleibt. Dies ist ständige Praxis.

Ich schließe trotzdem nicht aus, dass irgendwo mal ein Fehler dieser Art passiert, aber dann sollten wir uns konkret darüber unterhalten. Diese generelle Behauptung, wir machen erst die Investitionen und dann denken wir darüber nach, welche Schule geschlossen werden muss, die ist so einfach nicht richtig.

(*Einwurf Stadtrat Kley: Was ist denn dann mit dem Reilgymnasium, das wir jetzt konkret im*

Haushalt haben? - Das wird doch umgebaut.)

Aber Herr Kley, es geht doch jetzt nicht darum, ob das in dieser oder jener Schulform gebraucht wird, sondern es geht darum, ob das Gebäude als Schule weiter genutzt wird, und da müssen wir es reparieren, wenn es kaputt ist, unabhängig, ob da eine Sekundarschule, eine Grundschule oder ein Gymnasium drin sind.

Ich habe ja schon mehrmals bei Ihnen gesagt, voreilig ist die Jugend mit dem Wort, Herr Kley,

ich kann das an dieser Stelle noch mal wiederholen.

Ein Einwand, der ja zunächst plausibel erscheint von Herrn Prof. Schuh, den möchte ich noch einmal ein bisschen näher beleuchten.

Wenn er sagt, wie sollen wir der Öffentlichkeit das Gehampel mit unserem Haushalt, mal Defizit und dann wieder Ausgleich, klar machen. Das scheint, und auch der Herr Weiland hat sich in diese Richtung ausgedrückt, Missmanagement anzudeuten, wobei ich bedaure, Herr Prof. Schuh, dass Sie Herrn Koch, den Kämmerer, in dieser Weise persönlich, meiner Meinung nach, zu Unrecht angegriffen haben. Man kann sachliche Fehler kritisieren, aber ich meine nicht, dass es angemessen ist, jemanden so herabzuwürdigen in der Öffentlichkeit, wie das geschehen ist. Das habe ich sehr bedauert, und ich stelle mich da schützend vor Herrn Koch, der das weder inhaltlich noch persönlich verdient hat.

Aber zu dem Sachpunkt zurück. Ich will Ihnen noch einmal zwei Eckwerte nennen. Die Eigenfinanzierungsquote von Halle ist die niedrigste in allen kreisfreien Städten, wieder jetzt im Gebiet der ehemaligen DDR, nämlich 16,7. Die Zuweisungsquote liegt bei 59,5%, also

fast bei 60%. Das heißt also, unser Spielraum ist 16,7 und wenn aber an den 59,5 % manipuliert wird, und Herr Dr. Meerheim hat das an vielen Beispielen deutlich gemacht, auch an der ständig sinkenden Zuweisungsquote, das macht seit 1994 100 Mio DM für die Stadt in der Summe aus, pro Jahr gerechnet, dann sind wir eben zu solchen scheinbaren Echternacher

Springprozeptionen gezwungen, weil wir, wenn das Land sagt, wir kürzen, zunächst erst einmal von dieser Kürzungsversion ausgehen müssen, und wenn das Land dann in der politischen Diskussion zu einem anderen Ergebnis kommt, dann ist das, wenn es positiv ist, für uns erfreulich. Aber dieser Sprung, diese Echternacher Springprozeption, ist unvermeidlich.

Deswegen bitte ich, dass wir gemeinsam versuchen, den Bürgern klar zu machen, dass wir hier nicht einfach nach dem Motto „Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln“ aus Übermut hingehen und sagen, jetzt machen wir mal ein Defizit und dann decken wir das wieder, sondern dass wir von vielen Unwägbarkeiten abhängen und dass diese Unwägbar-

keiten noch ihre Fortsetzung finden selbst bei dem scheinbar sicheren Quotienten von 16,7,

bei den Steuereinnahmen. Weil es uns widerfahren ist, dass wir irgendwo eine Nachzahlung von Steuern von 10,7 bekommen oder dass wir an anderer Stelle soundso viel Millionen zurückzahlen müssen, weil irgend ein Steuerzahler Einspruch eingelegt hat und dann die an uns bereits abgeführte Steuer wieder erstattet werden muss. Das sind die Unwägbarkeiten

und das sind die scheinbar widersinnigen Sprünge, die wir dann nachvollziehen müssen nach dem jeweiligen Stand unserer Erkenntnis.

Ich denke das ist wichtig und deswegen kann man nur, wenn man verantwortlich Kommunalpolitik auch in Zukunft machen will, der Forderung von Herrn Dr. Meerheim zustimmen, dass das Finanzierungssystem der Kommunen, und das ist auch die Meinung des Städtetages und zwar über alle Parteigrenzen hinweg, dass die Finanzierungssysteme für die Kommunen in der Weise, wie wir sie jetzt haben, nicht mehr ohne Schaden für die kommunale Selbst-

verwaltung fortgeführt werden können. Denn alle Veränderungen am Steuersystem - denken Sie an die Einkommenssteuer, wenn irgendwo Einkommenssteuersätze gesenkt werden, hat

das unmittelbare Auswirkungen auf die Einkommenssteuererträge von Bund und Ländern - haben damit mittelbare Auswirkungen in unserer Kasse, daran denkt aber und darüber diskutiert keiner. Es wird über die Steuerreform diskutiert, was das aber unten bei den Kommunen ausmacht, das kommt nur am Rande zur Geltung. Und das sind diese Faktoren, die uns wirklich zu einer langfristigen Planung, von Ihnen immer wieder zu recht nachvollziehbar geforderten Strukturelementen für die Finanzplanung fast außer Stande setzt. Das hat dann natürlich auch die Auswirkung, dass ein Kämmerer, der sich damit herumschlagen muss, in den Verdacht gerät, er beherrsche sein Handwerk nicht. Ich glaube, wir sollten da Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Dass auch irgendwo Fehler passieren, das sieht man an dem Beispiel, dass Sie mit Heide-Süd und der Finanzierung ohne eine entsprechende formelle Absicherung angesprochen haben. Dies ist ein Fehler, das hat überhaupt keinen Zweck, da herum zu reden. Ich bin im Moment dabei, das aufzuklären. Ich möchte aber auch den Kämmerer dazu hören, weil der bis jetzt noch nicht dazu hat Stellung nehmen können. Nur, nach meiner jetzigen Kenntnis ist da in der Tat ein Fehler unterlaufen.

Ein letzter Punkt: Herr Doege hat gesagt: Konzept des Kämmerers. Ich möchte nachdrücklich darauf hinweisen, dass wir dieses Konzept gemeinsam erarbeitet haben in sehr umfangreichen und gemeinsamen Beratungen. Diese Entscheidung ist von allen Dezernenten mitgetragen worden. Jetzt kommt der Vorwurf, die Dezernenten unterlaufen das Konzept. Da will ich einmal auf folgende Schwierigkeit hinweisen, ich will nicht ausschließen, dass hier und da

es auch zu Unloyalitäten kommt gegenüber einer gemeinsam getroffenen Entscheidung. Das ist im Einzelfall denkbar. Aber verstehen Sie doch bitte einmal folgende Situation eines Fach-

dezernenten, wenn der in seinem Fachausschuss gefragt wird, warum habt ihr dies oder dies herabgesetzt oder erhöht, da muss er eine sachbezogene Antwort geben, und dann kommt er schon in den Konflikt, dass die gemeinsame Verwaltungsentscheidung möglicherweise vom Ausschuss nicht gebilligt wird, dass er aber nach seinen ursprünglichen Anmeldungen gefragt,

dann natürlich Auskunft geben muss über das, was er angemeldet und das, was er nachher wieder mit nach Hause genommen hat. Und dann ist schon der Verdacht der Unloyalität da, obwohl man das in dieser Breite sicherlich nicht sagen kann. Also ich möchte die Kollegen da in Schutz nehmen. Ich weiß, dass der Fachdezernent - ich bin lange genug auch ein solcher in unterschiedlichen Bereichen gewesen - immer in der Versuchung ist, mit denen zu koalieren, die seine fachlichen Belange unterstützen. Das ist menschlich, denn er hat ein bestimmtes fachliches Ziel, und das möchte er gerne durchsetzen. Und dann sieht er sich daran durch die Entscheidung des Oberbürgermeisters, die gemeinsam erarbeitet worden ist,

in diesem Falle gehindert. Ich möchte jedenfalls nachdrücklich sagen, wenn man nie ausschließen kann, dass im Einzelfall einmal irgendwo unter der Decke auch Informationen durchgesteckt werden, im Regelfalle gehe ich davon aus, dass die Beigeordneten die Entscheidung, die hier gewesen sind, gemeinsam mitgetragen haben. Sollte das im Einzelfall nicht so sein, dann muss man sich damit befassen, aber ein Pauschalurteil, dass die Dezernenten

das Konzept unterlaufen, dem würde ich auf keinen Fall zustimmen. Nicht, weil ich dadurch meine Autorität gefährdet sehe, sondern weil ich das einfach für einen ungerechten Vorwurf an die Kollegen halte.

Ich hätte mich gern noch mit dem Beispiel mit dem Bauern und den Maschinen von Herrn Schuh befasst, aber es ist jetzt schon viel Zeit vergangen. Solche Bilder kann man immer nach allen Seiten trefflich ausmalen, das will ich jetzt einmal unterdrücken.
Bitte versuchen Sie, zu einer Entscheidung zu kommen, die uns jetzt möglichst schnell in die Lage versetzt, auch eine Genehmigung der Haushaltssatzung zu bekommen, damit wir Investitionen auslösen können und damit wir auch von einem jetzt gedeckten Haushalt mit den Unwägbarkeiten, die wir im übrigen gemeinsam festgestellt haben und den Unsicherheiten, die strukturell darin stecken, damit wir das wenigstens auf den Weg bringen. Denn der Schaden kann nicht kleiner werden, wenn wir den Haushalt noch eine Weile vor uns herschieben. Deswegen habe ich auch trotz der Bedenken gegen bestimmte Anträge hier nicht negativ Stellung genommen. Ich könnte sehr wohl hinterfragen, ob das mit den 9,1 Mio DM, die da kommen sollen, denn auch tatsächlich eine sichere Finanzgrundlage für das Thema Schulen und Kindergärten ist. Denn wir kriegen diese 9,1 Mio DM ja nur, wenn wir die entsprechenden Ausgaben in Heide-Süd auch tatsächlich ausgeben. Denn nur dafür werden die Gelder gegeben, auch wenn sie bei uns für einen anderen Zweck, der berechtigt und sinnvoll ist, eingesetzt werden. Ich will das nicht tun, um nicht an dieser Stelle unnötige Gräben aufzureißen. Ich trage das mit, selbst wenn ich weiß, dass das Risiko da ist, dass diese Deckung nachher nicht in vollem Umfange zur Verfügung steht.

Ich will damit auch respektieren, was der Finanzausschuss und was die Fraktionen im Miteinander erarbeitet haben, und solange man das mittragen kann, ohne dass wirklich schwerwiegende Bedenken rechtlicher oder tatsächlicher Art dagegen bestehen, da kann man auch da einmal eine Fünf gerade sein lassen.
Eines habe ich als Bitte an Sie, es wird nicht viel helfen, aber ich äußere sie trotzdem: All die Punkte, die Sie als Kritikpunkte vorgetragen haben, müssen Sie dazu veranlassen, in Zukunft nicht nach dem Prinzip vorzugehen: „Wir wollen alle sparen, es darf aber keinem wehtun und deswegen satteln wir überall noch ein bisschen drauf, damit wir dann noch den ein oder anderen zufriedenstellen können.“ Mit diesen Prinzipien können Sie mit Sicherheit keinen Haushalt konsolidieren, egal mit welchem Oberbürgermeister, respektive Oberbürgermeisterin. Deswegen hoffe ich, dass die Einsicht hier wirklich noch Platz greift, dass wir nicht das Defizit dadurch noch vergrößern, dass wir uns im Vergleich der Städte von der üblichen Höhe der Steuereinnahmen „abseilen“ und damit noch weitere Einbußen hinnehmen müssen.
Sie müssen das vertreten letztendlich, aber ich denke, ich muss noch einmal mit Nachdruck darauf hinweisen, dass die Finanzautomatik dazu führt, dass das Nichtausschöpfen der Steuermöglichkeiten eine zusätzliche Quelle weiterer Verluste ist. Dies muss der Rat in seine Betrachtungen einbeziehen. Das ist mir wirklich sehr wichtig.
Ich habe ja schon eingangs gesagt, aus meiner Sicht wäre es taktisch viel vernünftiger gewesen, mir das noch in die Schuhe zu schieben, dann hätten Sie dann später das alles mir anlasten können. Jetzt müssen Sie das weiter mit sich herumschleppen und irgendwann müssen Sie es doch beschließen.
Soweit einige Anmerkungen zu dem, was hier von den Fraktionen vorgetragen worden ist.“

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, sprach zur weiteren Verfahrensweise.
Zu den ersten beiden Vorlagen könnte jetzt abgestimmt werden.

Abstimmung zur Vorlage *Haushaltssolidierungskonzept*: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/1999/00347 - Haushaltssolidierungskonzept 2000 bis 2003

Das dem Stadtrat am 22.12.1999 vorgelegte Haushaltssolidierungskonzept wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Werten in seiner ersten Stufe beschlossen. Entsprechend dem Votum des Finanzausschusses vom 14.03.2000 sind weitere Haushaltsverbesserungen für die Zukunft kurzfristig vorzulegen.

Abstimmung zur Vorlage *Erhöhung Realsteuersätze*: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Der Stadtrat lehnte diese Vorlage ab.

Herr Bönisch zählte die Anträge zum Haushalt 2000 auf: sechs Anträge der CDU-Fraktion, zwei Anträge gemeinsam von der SPD- Fraktion und der PDS-Fraktion, ein Antrag der HAL-Fraktion, ein Antrag des Stadtrates Dr. Klapperstück, zwei Anträge des Jugendhilfeausschusses, ein Antrag des Sportausschusses sowie ein eben von Herrn Dr. Meerheim vorgetragener Antrag der PDS-Fraktion. Er schlug vor, letztgenannten Antrag zuerst abzustimmen, da er keine zahlenmäßige Änderung des Haushaltes mit sich bringe.

Zu Antrag der PDS-Fraktion
Vorlage Nr. III/2000/00612

Her Oberbürgermeister **Dr. Rauen** wies darauf hin, dass nach seiner Erinnerung ein solcher Beschluss schon im letzten Jahr gefasst worden sei für die Zukunft. Er habe aber nichts dagegen, wenn es noch einmal beschlossen werde.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00612 - Antrag der PDS-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, bis September 2000 eine Liste der begonnenen und der voraussichtlich bis zum Jahresende noch kassenwirksam umsetzbaren Investitionsmaßnahmen sowie Vorschläge zur Verhinderung von übergroßen Haushaltsausgaberesten 2000 vorzulegen.

Herr **Bönisch** schlug vor, die Anträge in der Reihenfolge ihres Eingangs zu behandeln. Sollte es zu Überschneidungen kommen, müsse man dann entsprechend reagieren.

**Zu Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000**
Vorlage Nr. III/2000/00575

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** gab den Hinweis, dass es hierzu unterschiedliche Inten-

tionen gebe. Die Verwaltung habe eine Liste vorgelegt, die die Maßnahmen widerspiegle, die, vorausgesetzt das Geld ist da, auch tatsächlich durchgeführt werden können.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion könne dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Wenn es dazu breiten Konsens gebe, hätte sich der Antrag erledigt. Er bat jedoch um Abstimmung zu den Einzelanträgen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, meinte, höchstmögliche Flexibilität der Verwaltung zu erlauben, gehe auch aus dem gemeinsamen Antrag von SPD-Fraktion und PDS-Fraktion hervor. Wenn sich die Verwaltungsspitze auf dieses Investitionsvolumen in der dargestellten Verteilung geeinigt habe, dann brauche man hier nicht länger darüber zu streiten.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** schlug vor, die Dinge in den Haushalt einzustellen, die in diesem Ergänzungsblatt vorgestellt worden seien. Sofern sich eine Maßnahme aus technischen Gründen nicht realisieren lasse, sollte die nächst bereite in Angriff genommen werden.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, äußerte, er sei mit dem Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters einverstanden, bitte aber für künftige Beratungen darum, dass eine Verständigung der Dezernate untereinander im Hinblick auf solche Prioritätenlisten stattfinden sollte.

Abstimmung zum Antrag
in modifizierter Form: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/00575 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000

Bei der Einstellung zusätzlicher Haushaltsmittel in den Vermögenshaushalt zur Sanierung von Schulen und KITA sind die von der Verwaltung vorgelegten Aufstellungen (Kindertagesstättensonderprogramm/Schulbausonderprogramm) abzuarbeiten.

Zu Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000
Vorlage Nr. III/2000/00576

Wortlaut des Antrages:

*Im Unterabschnitt 4750 des Verwaltungshaushaltes sind die eingestellten
Haushaltsmittel
um 200 TDM zu kürzen und zur Haushalhtskonsolidierung einzusetzen.*

Herr Doege, CDU-Fraktion, zog den Antrag zurück.

**Zu Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000**

Wortlaut des Antrages:

In den Unterabschnitt 4550 und 4560 des Verwaltungshaushaltes sind die eingestellten Haushaltsmittel um 300 TDM zu kürzen. Davon sind entsprechend der Beschlussempfehlung des Sportausschusses 230 TDM zur Verbesserung der baulichen Unterhaltung der Sportanlagen/einrichtungen einzusetzen. Der verbleibende Teil der Haushaltsmittel in Höhe von 70 TDM ist zur Haushaltskonsolidierung einzusetzen.

Frau Haupt, SPD- Fraktion, bat, dem Antrag nicht zuzustimmen. Man könne nicht ausgerechnet Geldmittel bei Hilfen zur Erziehung wegnehmen. Die Situation, nicht nur in der Stadt Halle, sei leider nicht so, dass Kinder und Jugendliche keine Hilfe brauchten.

Frau Bürgermeisterin Szabados fügte hinzu, es seien 997 Fälle der sogenannten Hilfe zur Erziehung. 32 TDM pro Hilfsfall stünden zur Verfügung, in Magdeburg seien es 36 TDM. Es werde versucht, sehr sachgerecht und mit Kostenbewußtsein Hilfe zu leisten.

Herr Prof. Schuh, SPD-Fraktion, regte an, den Sammelnachweis 5.400 zur Deckung der 230 TDM für die Verbesserung der baulichen Unterhaltung von Sportstätten zu nehmen.

Herr Doege, CDU-Fraktion, fand es höchst bedauerlich, dass die Verwaltung Zahlen liefere, die ein paar Tage später nicht mehr aktuell seien. Er habe 890 Fälle für das Haushaltsjahr 2000 genannt bekommen.

Man wolle etwas für den Unterhalt städtischer Sportbauten tun. Man habe aber auch den Antrag bewusst in dieser Form gestellt, weil man keinerlei Bewegung zwischen den beteiligten Dezernaten verspürt habe über eine Sache zur Harmonisierung von Förderrichtlinien im

Bereich Jugendhilfe, Soziales, Sport usw.

Er erklärte in einem Geschäftsordnungsantrag, diesen Antrag in der Abstimmung zurückzustellen, um ihn dann mit zu behandeln, wenn es um den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der PDS-Fraktion gehe.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag
Zurückstellung der Abstimmung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Zu Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000

Vorlage Nr. III/2000/00578

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, begründete den Antrag. Von der Erhöhung dieser Summe würde eine große Signalwirkung ausgehen. Vom Land sei die Kürzung der Finanzausweisung für Schulen in freier Trägerschaft beschlossen worden, und zwar um die Hälfte. In einer Argumentation dazu sei ausgeführt worden, dass dieser Betrag um die Hälfte des Gastschulbeitrages durch die entsendenden Träger, d.h. um 450 DM pro Schüler aufgestockt werden soll. Dazu sei bisher noch nichts erfolgt. Wenn insgesamt 40 TDM für die vier halleschen Schulen in freier Trägerschaft eingestellt würden, wäre das als ein Signal der Solidarität zu sehen.

Sie bat zu prüfen, ob eine Deckung aus einer minderen Einstellung für die Unfallversicherung, da geringere Schülerzahl, erfolgen könne.

Frau **Brederlow**, SPD-Fraktion, erklärte, das Anliegen des Antrages sei verständlich. Allerdings gebe es aus dem Bildungsausschuss eine Aussage von Herrn Gärtner, dass in dem Fall, wenn mehr Mittel in diesen Bereich eingestellt würden, dann der Anteil der Landesmittel verringert werde.

Bei dem Vorschlag zur Deckung des Betrages habe sie Schwierigkeiten, den Bereich Schulen mit dem Bereich Freizeiteinrichtungen zu decken.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, erinnerte daran, dass über viele Jahre im Haushaltsplan unter dem Begriff Zuschüsse an übrigen Bereich 40 TDM eingestellt gewesen seien für die Schulen in freier Trägerschaft. Im vergangenen Jahr habe die Verwaltung Null vorgeschlagen gehabt, im Stadtrat habe es dann ein kompliziertes Antragsverfahren gegeben, um zu diesen 20 TDM zu kommen. Auch in diesem Jahr sei für die Position Zuschüsse im übrigen Bereich wieder Null vorgesehen. Im Bildungsausschuss habe man dann einen Prüfauftrag beschlossen, der darauf gerichtet gewesen sei, insgesamt für die Schulen in freier Trägerschaft 20 TDM wieder einzustellen. Dieser Betrag sei inzwischen eingestellt worden und dabei sollte man bleiben.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, teilte die Auffassung seiner Vorredner, dass es ein schlechtes Signal nach außen wäre, Mittel Kindern wegzunehmen, um sie anderen Kindern zu geben.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** meinte, man sollte überlegen, ob nicht genauso wertvoll

wie die 33 TDM für den „Wasserturm“ dann auch eine Unterstützung der wenigen freien Schulen sei. Wenn man den gemeinsamen Antrag von SPD und PDS nehme und sehe, dass da Deckungsvorschläge unter Verwendung von 1,8 Mio DM gemacht würden, dann könne man auch noch die 20 TDM von dem Rest von 1.253 TDM nehmen. Dann habe man das Problem

gelöst und müsse nicht mehr über Konkurrenzen zwischen „Wasserturm“ und Schule sprechen.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, erklärte, mit diesem Kompromissvorschlag könne er leben. Er bat um Annahme des Antrages.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, sprach sich auch für den Kompromissvorschlag des Oberbürgermeisters aus und wies auf den Wert der Schulen in freier Trägerschaft für die Stadt hin. Sie bat zudem, den Vorschlag von Frau Dr. Bergner bezüglich der Unfallversicherung zu prüfen.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** erläuterte, die geringeren Ausgaben für die Versicherung seien in die Haushaltszahlen eingearbeitet worden; sie könnten also nicht noch einmal zusätzlich als Deckung verwendet werden.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, äußerte, die HAL-Fraktion werde den Haushalt ablehnen aufgrund mangelnder Zukunftsfähigkeit. Man habe jetzt ein Paradebeispiel dafür, dass zwei

ganz wichtige Dinge gegeneinander ausgespielt werden.

Im Bildungsausschuss habe eine Diskussion zum Projekt Energiesparen an Schulen gehabt. Dazu habe die HAL-Fraktion einen Antrag gestellt, dass man den Anteil der Gelder, die Schulen durch Energiesparen erwirtschaften erhöhe von 20% auf 40%. Das sei mit den Stimmen der CDU auch abgelehnt worden. Hier wären schöne Möglichkeiten gewesen, der Stadt die Energiekosten zu senken und die Eigenmittel der Schulen auf kreative Weise zu erhöhen. In dieser Weise müsste viel öfter geguckt werden.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, formulierte einen Änderungsvorschlag: Der Stadtrat stimmt unter der Voraussetzung zu, dass die Förderung seitens des Landes nicht geschmälert wird.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** meinte, dieser Vorschlag sei vernünftig. Man sollte schreiben. Unter der Voraussetzung, dass die Erhöhung der städtischen Zahlung nicht zu einer Minderung der Landesleistungen führt, wird der Betrag von 40 TDM zur Verfügung gestellt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00578 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000

Im Unterabschnitt 2000, Haushaltsstelle 717000.4, des Verwaltungshaushaltes sind über den bereits im Finanzausschuss beschlossenen Zuschuss in Höhe von 20 TDM für Schulen in freier Trägerschaft hinausgehend weitere 20 TDM einzustellen. Eine Deckung erfolgt aus der Gruppierung 5400 - Bewirtschaftungskosten. Unter der Voraussetzung, dass die Erhöhung der städtischen Zahlungen nicht zu einer Minderung der Landesleistungen führen, wird der Betrag von 40 TDM zur Verfügung gestellt.

Zu Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000 Vorlage Nr.
III/2000/00579

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, erläuterte den Antrag und bat um Zustimmung. Der Finanzausschuss habe zugestimmt.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, meinte, der Vorschlag sei ausgesprochen vernünftig. Der Verwaltung legte er ans Herz, die PCs, die permanent geleast würden, zu kaufen. Der Leasingvertrag verursache Kosten des Neupreises. Nach drei Jahren seien diese Gegenstände Null Mark wert, würden aber der Leasingfirma zurückgegeben. Hier wäre eine Möglichkeit gewesen, drei Jahre alte PCs noch weiter zu verwenden.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, stellte in Frage, dass der Finanzausschuss zugestimmt habe. Er wisse, dass man die Problematik erörtert habe, aber nach seiner Erinnerung sei es nicht abschließend diskutiert worden.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, erklärte, auch im Bildungsausschuss sei das Thema diskutiert und unterstützt worden. Die Realisierung dieses Antrages dürfe nicht zulasten des Investvor-habens im Georg-Cantor-Gymnasium gehen.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, wies darauf hin, dass das Ganze dann auch geplant werden müsse.

Es könne nicht sein, dass für 500 TDM Computer gekauft werden, die dann irgendwo herumstünden. Man müsse schon sehen, dass die örtlichen Gegebenheiten vorhanden seien und auch die entsprechenden Fachlehrer. Hier seien die Ämter gefordert, einen vernünftigen Mittelabschluss zu gewährleisten.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, erinnerte sich, dass der Antrag im Finanzausschuss behandelt und beschlossen worden sei. Er stimme Herrn Kley zu und bat um Zustimmung zum Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2000/00579 - Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000**

Zur Verbesserung der PC-Ausstattung an den Schulen und zur Unterstützung der „Angebots-offensive der Telecom: bis 2001 alle Schulen ans Netz“ sind zusätzlich 500 TDM in den Vermögenshaushalt der Schulen zur Einrichtung von PC-Kabinetten einzustellen. Als Deckung sind die im Unterabschnitt 2300, Haushaltsstelle 2.2300-016, des Vermögenshaushaltes eingestellten Haushaltsmitteln zu verwenden, die im Haushaltsjahr 2000 aufgrund des späten Baubeginns ab Mitte des Jahres in der eingestellten Höhe nicht abfließen können. Dabei ist sicherzustellen, dass der Gesamtaufwand der in dieser Haushaltsstelle vorgesehenen Investitionen erhalten bleibt.

**Zu Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000 - Verein zur beruflichen
Förderung von Frauen in Sachsen-Anhalt e.V.**
Vorlage Nr. III/2000/00592

Wortlaut des Antrages:

Der Verein zur beruflichen Förderung von Frauen in Sachsen-Anhalt e.V. wird weiter unterstützt. Die Fördersumme im Haushalt 2000 beträgt 40 000 DM. Die Deckung erfolgt aus dem Sammelnachweis 540000. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Verein einem Unterabschnitt zuzuordnen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, fragte, welche Vorstellung die CDU-Fraktion bezüglich des Unterabschnitts, dem dieser Verein zugeordnet werden soll, habe.

Herr **Doege**, CDU-Fraktion, meinte, es sei nicht Aufgabe eines Stadtrates, der Verwaltung zu sagen, wo sie die Eingruppierung vornehmen solle.
In der Diskussion um diesen Antrag habe sich niemand von der Verwaltung für zuständig erklärt.

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen. Sie fragte, wie man die Gleichbehandlung der Frauenvereine in der Stadt bewerkstelligen wolle.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erläuterte, der Verein zur beruflichen Förderung von Frauen bringe arbeitslose Frauen in Arbeit; die Finanzierung erfolge normalerweise über das Arbeitsamt. Insofern gebe sie Frau Wolf Recht, es gebe viele Vereine, die sich um die berufliche Eingliederung von Arbeitslosen, von Frauen und natürlich auch Männern, kümmern. Hier gehe es darum, dass dieser Verein sich eingemietet habe in eine relativ teure Immobilie der Stadt und dies nicht mit den Mitteln, die er vom Arbeitsamt erhalte, abdecken könne. Um dieses Projekt nicht zu gefährden, sollte man überlegen, ob man hier eine Förderung bewillige. 40 TDM sei eine relativ hoch angesetzte Summe, man sollte auch schauen, ob man ein preiswerteres Mietobjekt finden könne.
Der Verein müsste dem Unterabschnitt 8410 Arbeitsförderung zugeordnet werden.

Herr **Lorenz**, SPD-Fraktion, meinte, es könne nicht sein, dass all die, die vom Arbeitsamt gefördert werden, aber mit ihren Mitteln nicht auskommen, aus dem städtischen Haushalt finanziert werden. Er sei nicht der Meinung, eine Kofinanzierung vorzunehmen.

Frau **Wolff** wies darauf hin, dass das Arbeitsamt Richtlinien zu ABM herausgegeben habe. Es sei so, dass Langzeitarbeitslose ab 45 Jahre, mehr ab 55 Jahre nur noch in diesen Maßnahmen gefördert würden.
Sie sehe das auch als eine Kofinanzierung und finde es echt problematisch.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte, seiner Fraktion sei vorhin der Vorwurf gemacht worden, das man einen Bedürftigen gegen einen anderen ausspiele. An dieser Stelle sei es nicht so. Sicher gebe es noch andere Träger, die sich um das gleiche Ansinnen bemühen. Seiner Fraktion gehe es nicht so sehr darum, einen zu bevorteilen oder einen anderen zurückzusetzen, sondern deshalb, weil man auch im Finanzausschuss den Eindruck gewonnen habe, dass die Verwaltung an dieser Stelle kein abgestimmtes Verhalten vorlegen konnte.
Er bat Herrn **Walter**, aus Sicht der Wirtschaftsförderung Position zu beziehen.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, erklärte, natürlich sei es innerhalb der Verwaltung abgestimmt. Das hier sei Arbeitsförderung

und gehöre in den Bereich hinein. Frau Szabados und er hatten sich in den letzten Monaten sehr häufig bemüht, gerade diesem Verein zu helfen, auch was das Entgegenkommen bei der Miete betreffe.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, bat um Erläuterung. Er komme mit dem Verein zur beruflichen Förderung nicht so ganz klar. Gebe es Überschneidungen mit der Aufgabengstellung des Arbeitsamtes?

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, verdeutlichte, in dem Verein seien 120 arbeitslose Frauen beschäftigt, die sonst keinen Zuschuss von der Stadt bekommen. Wenn diese 120 Personen in ABM beschäftigt werden sollen, dann brauchten sie Räume, in denen sie sich aufhalten können. Jede SAM-Stelle koste der Stadt im sozialen Bereich 4 TDM, das seien 10 Personen.

Hier gehe es um 120 Personen.

Herr **Lorenz** erklärte, zu Herrn Kupke gewandt, er lehne diese Form der Diskussion ab. Er sei Mitglied des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes und wisse, wenn man richtig einen Antrag stelle, könne man auch Sachkostenzuschüsse erhalten.

Frau **Wolff** meinte, Fakt sei das, was Herr Lorenz gesagt habe. Genau so könne man ABM beantragen und bekomme auch Mittel bewilligt. Das sollte man zur Kenntnis nehmen. Wenn man hier einem Antrag über 40 TDM für einen Verein zustimme, dann müsste man bei allen anderen Frauenvereine das gleiche tun.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**Zu Änderungsanträge der SPD- und PDS-Fraktion zur Vorlage Entwurf
Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2000**

Herr Doege, CDU-Fraktion, fragte, ob es richtig sei, dass er den Antrag jetzt nur noch auf den Punkt 2 bezogen sehe. - *(Dies wurde seitens der Tagungsleitung bestätigt.)* - Er bat um Einzelabstimmung jedes einzelnen Anstrichs.

Herr Bönisch erwähnte, dass ihm noch ein Änderungsantrag des Sportausschusses vorliege, der zu diesem Punkt passe, und der besage, dass der Unterabschnitt 5620 um 230 TDM auf 480 TDM zu erhöhen sei. Es gebe aber keinen Vorschlag zur Deckung.

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion, erklärte namens des Sportausschusses, dort habe es Einstimmigkeit zu dem Vorschlag 230 TDM gegeben. Man unterstütze auch den Vorschlag der SPD-Fraktion und sei froh, dass jetzt ein Deckungsvorschlag gemacht worden sei.

Herr Bönisch stellte fest, dass es zu dem Geschäftsordnungsantrag auf Einzelabstimmung Konsens gebe und keine Wortmeldungen mehr vorlägen.

Herr Dr. Meerheim, PDS-Fraktion, brachte in einem Geschäftsordnungsantrag zum Ausdruck, dass der erste abzustimmende Antrag sei, 1,8 Mio DM aus der Gruppierung 5400 herauszunehmen. Man könne nicht verteilen, was man noch nicht habe.

Abstimmung zu *Kürzung Gruppierung 54 - Bewirtschaftungskosten*
um 1,8 Mio DM: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung zu *284 TDM für „nt“*:
bei 26 Ja-Stimmen
22 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zu *33 TDM für JFE*: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung zu *1.253 TDM (-20 TDM)*: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Abstimmung zu *Bereich Kita*
UA 1.4640.500000: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

2. Die Gruppierung 54 - Bewirtschaftungskosten - ist um 1,8 Mio DM zu kürzen.

Die Mittel werden wie folgt verwendet:

- 284 TDM für „nt“ zur ausschließlichen Verwendung zur Abdeckung eventueller Verlustvorträge aus den Jahren 1998/1999 und 1999/2000
 - 33 TDM in dem UA 1.4601.586000.0 (JFE Am Wasserturm) wieder einstellen
 - 230 TDM in dem UA 1.5620.5000 Unterhaltung Grundstücke (Sport) bereitstellen
 - 1253 TDM (abzüglich 20 TDM für Schulen in freier Trägerschaft) werden zur Haushaltskonsolidierung eingesetzt.
 - Sollten im Bereich Kita UA 1.4640.500000 für die Unterhaltung ein unnachweisbarer Mehrbedarf entstehen, ist dies im Nachtragshaushalt zu regeln.
-
-

Zu Änderungsantrag der HAL-Fraktion zur Vorlage Haushaltssatzung und

Haushaltsplan 2000 - Veröffentlichung des Arten- und Biotopschutz- Programmes

Vorlage Nr. III/2000/00595

Wortlaut des Antrages:

Aus dem Haushalt des Umweltamtes (Haushaltsstelle 1.1200.62000.4 - weitere besondere Sachausgaben) werden 10 TDM für den Druck des Arten- und Biotopschutz-Programmes (ABSP) bzw. die Darstellung der Studie auf CD-ROM eingestellt.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, begründete den Antrag. Diese Studie sei mit sehr hohem Aufwand erarbeitet worden, aber es existierten zu wenig Exemplare als dass sie die gebührende Beachtung finde.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erklärte, so sehr das Werk auch geschätzt werde, so könne der Antrag nicht umgesetzt werden. Er schlage vor, sich zusammen-zusetzen, um zu klären, wie es gemacht werden könne; auch sollte eine Bedarfsermittlung erfolgen.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, äußerte, dieser Antrag sei im Finanzausschuss abgestimmt worden. Unter der Maßgabe, dass die EDV-Möglichkeiten der Fraktionen verbessert worden seien, demnächst könne es ins Internet gestellt werden, habe der Ausschuss abgelehnt.

Herr **Weiland** meinte, eine Einstellung ins Internet betrachte er deshalb nicht als Lösung, da es ein sehr umfangreiches Werk sei und möglicherweise nicht alle Interessenten über einen solchen Anschluss verfügten. Er bat um Abstimmung des Antrages.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, äußerte, man könne nicht Spezialpublikationen mit Extraaufwand drucken. Er glaube, das Internet, das jetzt gefördert worden sei und verbessert werden soll, sei das Medium der Zukunft und müsse auch dementsprechend genutzt werden. Seine Fraktion lehne den Antrag ab.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

**Zu Antrag des Stadtrates Dr. Klapperstück, SPD - Errichtung einer
Licht-
zeichenanlage (LZA) Rosengarten S-Bahnhof**
Vorlage Nr. III/2000/00613

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** machte einen Verfahrensvorschlag. Der Antrag sei im Grunde genommen kein Haushaltsantrag. Hier gehe es in Wirklichkeit um die Berechtigung der Sache. Er schlage vor, die Ausgabe zu sperren. Dann sollte sich der Fachausschuss mit der Notwendigkeit befassen.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, meinte, er würde diesem Vorschlag schon zustimmen

können, wenn nicht dieses Verfahren nicht schon so weit gediehen wäre. Es gebe im Stadtrat

zwei Parteien: heftige Befürworter, dass fast an jeder Kreuzung eine Lichtzeichenanlage stehen solle und andere, die das etwas Zurückhaltender sehen.

An der hier zur Debatte stehenden Stelle müsse man sich fragen, ob es zweckmäßig sei, hier allein für Fußgänger eine Ampelanlage in Höhe von soundsoviel Tausend Mark zu finanzieren.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, führte aus, der Haltepunkt Rosengarten bilde die Schnittstelle der ÖPNV-Strecke zwischen Halle und Merseburg mit der S-Bahn, zwischen Halle-Hauptbahnhof und den Wohnstandorten Silberhöhe, Südstadt und Halle-Neustadt. Diese Schnittstelle stelle einen der Hauptverknüpfungspunkte von SPNV und ÖPNV in der Stadt Halle dar. Täglich stiegen über 2000 Fahrgäste von der S-Bahn zur Straßenbahn um und umgekehrt. Unter den heutigen unzureichend vorhandenen Querungsmöglichkeiten sei es für die Fahrgäste schwierig, die Bundesstraße 91 barrierefrei und vor allem sicher zu überwinden. Der heutige Belegungswert der B 91 betrage 35 000 Kfz, ein Wert, der in den nächsten Jahren noch anwachsen könne. Die vorgeschlagenen Varianten sähen die Einrichtung einer Zeitinsel und gesicherter Fußgängerüberwege vor, um die angesprochenen Mängel zu beseitigen. Die vorgesehene Lösung biete für alle Fahrgäste des SPNV und ÖPNV eine sichere und komfortable Querungsmöglichkeit der Bundesstraße, um die Weiterfahrt mit SPNV, ÖPNV zu ermöglichen.

Mit der Einführung des rechnergestützten Betriebsleitsystems RBL werde die LZA für den

Verkehr in der Stadt Halle ähnlich ...optimiert. Durch die Anwendung des vorgenannten Systems sei es möglich, die Straßenbahn metergenau zum Knotenpunkt zu orten, die An- und Abmeldung so schnell wie möglich über die neuralgischen Punkte zu bringen. Die einge-

sparten Signalzeiten der Straßenbahn stünden dann dem Individualverkehr sowie den Fußgängern und Radfahrern zur optimierten Steuerung zur Verfügung.

Die jetzt geplante Lichtsignalanlage sei auf der 32. Tagung des Stadtrates am 18.06.1997 mit dem Beschluss Nr. 97/I-32/587 - Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) für die Jahre 1997 bis 2001 bestätigt worden. In diesem Beschluss heiße es zum Rosengarten u.a. : Verlegung der landwärtigen Straßenbahnhaltestelle auf die Höhe der Aufgänge zu den Bahn-

steigen zwecks Verkürzung der Umsteigewege, Schaffung einer ebenerdigen gesicherten Quermöglichkeit über die Merseburger Straße zur Sicherung des Fußgängerverkehrs von und zur stadtwärtigen Straßenbahnhaltestelle.

Der Oberbürgermeister könne deshalb hier nicht einfach etwas zurückziehen, sondern der Stadtratsbeschluss, den Herr Dr. Klapperstück eventuell selbst mitgetragen habe, müsse aufgehoben werden.

Herr **Dr. Klapperstück** erwiderte, ein Politiker sage immer, was könne er dafür, dass er heute klüger sei als gestern. Es habe damals keine namentliche Abstimmung gegeben, Herr Heinrich könne also nicht behaupten, dass er dafür gestimmt habe.

Herr **Prof. Schuh** bat, den Antrag dahingehend zu ändern, dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu folgen, einen Sperrvermerk zu der Position zu machen und dann sollte es noch einmal im Planungsausschuss behandelt werden.

Herr **Bönisch** teilte mit, Herr Dr. Klapperstück bestehe auf Abstimmung seines Antrages. Der Kompromiss sei von Herrn Dr. Klapperstück nicht akzeptiert worden.

Weitere Wortmeldungen zu dem Antrag gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: bei 15 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen

 und zahlreichen Enthaltungen

 mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00613 - Antrag des Stadtrates Dr. Klapperstück, SPD - Errichtung einer Lichtzeichenanlage (LZA) Rosengarten S-Bahnhof

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Verwaltungsvorschlag betreffs
Mittelleinstellung
Haushaltsstelle 2.6600.079 zwecks Errichtung einer Lichtzeichenanlage
Rosengarten/S-Bahn-
hof Silberhöhe aus dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2000 zurückzuziehen.

Zu Änderungsantrag des Jugendhilfeausschusses zum Vermögenshaushalt

Vorlage Nr. III/2000/00606

Wortlaut des Antrages:

Der Jugendhilfeausschuss beantragt im UA 4750 des Vermögenshaushaltes statt 250 TDM 435 TDM einzustellen.

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion, erklärte, sie könne verstehen, dass die beiden Anträge des Ausschusses eine gewisse Verärgerung hervorgerufen haben. Der Jugendhilfeausschuss sei nun einmal anders zusammengesetzt, habe sechs Vertreter der freien Träger, die den Haushaltsplan der Stadt nur in diesem Ausschnitt sehen. Die Weisheit des Finanzausschusses werde nicht angezweifelt, aber sie sei beauftragt worden, beide Anträge noch einmal im Stadtrat vorzutragen.

Sie ziehe den Antrag unter der Nummer III/2000/00607 zurück. Indem man jetzt eine Prioritätenliste habe und Schulen und Kindergärten in einem Ausmaß, das man in den letzten zehn Jahren nicht gehabt habe, saniert werden können, werde es auch nicht mehr so viele Havarien gegeben, die zu beseitigen seien. Dann könne man hoffen, dass die eingestellten

3 Mio DM ausreichen.

(Wortlaut dieses Antrages: *Der Jugendhilfeausschuss beantragt im UA 4640 des Verwaltungshaushaltes (Haushaltsstelle 500 000) eine Erhöhung von 3 Mio DM auf 5,5 Mio DM.*

In dem anderen Antrag gehe es um 185 TDM. Der Jugendhilfeausschuss habe jedoch keinen Deckungsvorschlag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag (00606): **mehrheitlich a b g e l e h n t**

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Herr Kupke, CDU-Fraktion, beantragte mit einem Geschäftsordnungsantrag, keine neuen Anträge, außer den noch vorliegenden, zuzulassen.

Nach kurzer Debatte zog er diesen Antrag zurück.

Zu Antrag des Stadtrates Dr. Klapperstück, SPD - Erwerb eines zweiten

Verkehrsrechners

Vorlage Nr.

III/2000/00614

Wortlaut des Antrages:

*1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Verwaltungsvorschlag betreffs Mittelein-
stellung Haushaltsstelle 2.6300.109 zwecks Erwerb und Installation eines Verkehrs-
rechners „Steuerzentrale LZA“ (Lichtzeichenanlage) aus dem Haushaltsplanentwurf für
das Jahr 2000 zurückzuziehen.*

2. Die Mittel sollen erst dann in den künftigen Haushalt eingestellt werden, wenn als

*Voraussetzung einer sinnvollen Steuerung der LZA der Modernisierungs-
/Sanierungs-
prozess des Straßennetzes in Halle im wesentlichen abgeschlossen ist.*

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** bat, das Anliegen mit einem Sperrvermerk zu versehen und in den Fachausschuss zu verweisen. Man könne hierzu nicht ad hoc die Debatte führen.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, erwiderte, in einer Haushaltsdebatte sei es nicht üblich, dass man Anträge verweisen könne. Er begründete den Antrag.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, stellte den **Änderungsantrag**, die Position mit einem Sperrvermerk zu versehen und die Angelegenheit im zuständigen Ausschuss zu beraten. Der Ausschuss sollte dann auch über eine Entsperrung entscheiden.

Herr **Dr. Klapperstück** erklärte, er könne dem Änderungsantrag zustimmen. Allerdings sollte eine Entscheidung im Stadtrat getroffen werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Änderungsantrag Stadtrat Dr. Meerheim

*Sperrvermerk bei betr. Haushaltsstelle und Beratung
im Fachausschuss sowie abschließende
Beschlussfassung im Stadtrat:*

mehrheitlich z u g e s t

i m m t

Beschluss Nr. III/2000/00614 - Antrag des Stadtrates Dr. Klapperstück, SPD - Erwerb eines

zweiten Verkehrsrechners (modifizierte Form)

Die Mittel für den Erwerb und die Installation eines Verkehrsrechners „Steuerzentrale LZA“

unter Haushaltsstelle 2.6300.109 sind mit einem Sperrvermerk zu versehen. Über diese Thematik ist im zuständigen Ausschuss zu beraten. Das Ergebnis der Beratung ist dem Stadtrat zu unterbreiten.

**Zu Änderungsanträge des Sportausschusses zum Entwurf der
Haushalts-**

satzung und des Haushaltsplanes 2000

Vorlage Nr. III/2000/00615

Wortlaut des Antrages:

Für die Anschaffung beweglicher Anlagen sind 178 TDM im Vermögenshaushalt bereitzustellen.

Herr **Bönisch** verlas oben stehenden Antrag und stellte fest, dass dazu kein Deckungsvorschlag vorhanden sei.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, betonte, außer der Sanierung der Sportanlage Robert-Koch-Straße habe man keine einzige müde Mark im Vermögenshaushalt für den gesamten Sportbereich eingestellt. Dies werde dem Anliegen des Sports in dieser Stadt nicht gerecht.

Es sei zu bedauern, dass seitens der Verwaltungsspitze der Sport in dieser Form vernachlässigt worden sei. Deshalb sei dieser Antrag auch vom Sportausschuss nach reiflicher Überlegung gestellt worden.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, erklärte, es gehe hier in erster Linie um die Ersatzbeschaffung eines Geräteträgers, mit dem man Sportanlagen pflege. Bei dem vorhandenen zehn Jahre alten Gerät würden Reparaturkosten von ca. 35 TDM pro Jahr entstehen. Das sei unwirtschaftlich.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, ergänzte, Herr El-Khalil habe eine Sache genannt, die aus dieser Summe finanziert werden soll. Weiterhin sollen Ballfangnetze, die dringend benötigt würden, für die städtischen Sportanlagen angeschafft werden. Das seien die berühmten „Peanuts“, über die man hier rede, die jedoch für die Betroffenen elementare Wirkung hätten.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, bat, das Geldausgeben zu beenden. Er werde dem nicht zustimmen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, meinte, sein Fraktionsvorsitzender habe in der Sache Recht. Der Antrag des Sportausschusses stehe unter keinem günstigen Stern, wenn man kurzfristig etwas beantrage und keine Deckung vorschlagen könne. Jedoch sei es auch ein Problem, wenn die Verwaltung eine solche Position mit Null anbiete - Erwerb von beweglichem Anlagevermögen - sei das unrealistisch, denn bei Verschleiß o.ä. werde mit Sicherheit Ersatz angeschafft werden müssen. Hier gelte, was bereits in der Haushaltsrede seiner Fraktion angesprochen worden sei, es sei handwerklich keine besondere Glanzleistung, wenn man solche Sachen mit völlig unrealistischen Ansätzen versee.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** äußerte, alle Beteiligten, Verwaltung und Finanzausschuss, hätten in ihrer Weisheit alles das schon längst beschlossen, was jetzt noch einmal mit anderen Zahlen genannt werde. Es sei zunächst von einer höheren Summe die Rede gewesen, dann habe der Finanzausschuss gebeten, dies noch einmal zu überprüfen, und

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2000 und den Haushalt 2000 mit den Anlagen nach der zweiten Lesung.

Weiterhin wurden zum Haushalt 2000 Beschlüsse unter folgenden Nummern gefasst:

III/2000/00612, III/2000/00575, III/2000/00578, III/2000/00579, III/2000/00611, III/2000/00613, III/2000/00614.

Herr Oberbürgermeister **Dr. Rauen** informierte zu einem Offenen Brief des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU, vom 23.03.2000 zur Frage der Bestellung von Verkehrsmeistern der HAVAG zu Verwaltungsvollzugsbeamten.

(Den Stadträten wurde dazu eine Stellungnahme des Beigeordneten für Verwaltung, Personal und Ordnung, Herrn Dr. Roscher, übergeben.)

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 2. Sondertagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale).

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Dr. Rauen
Oberbürgermeister
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian